

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 147 · 13. JAHRGANG · AUSGABE 4/2007 · VOM 6. APRIL 2007 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Zeit zum Handeln!**

Volksinitiative für ein Sozialticket

4 | **Vier Tage lang
Aktendust aufgewirbelt**

Müllverbrennungserörterungstermin

12 | **Vom »Antiterrorkrieg« zum
»Antiklimakrieg«**

Auf zum letzten Gefecht

Bald Luftkrieg gegen den Iran?

Zum 4. Jahrestag des Irakkrieges: Bundesdeutsche Tornados als Rückendeckung der US-Truppen

»Eindeutige US-Truppenkonzentrationen an der iranischen Grenze lassen auf baldigen Ausbruch von Feindseligkeiten schließen«, hieß es schon Ende März in Meldungen russischer Presseagenturen. Wie Peter Spangenberg (www.psverlag.de) der BBP-Redaktion übermittelte, sei nach Einschätzung der russischen Presse mit Luftschlägen, vereinzelt vielleicht auch mit kleineren Landgängen zu rechnen. Ziele dürften in »bewährter« Weise wieder militärische und zivile Infrastruktureinheiten sein. Anlässe werden sich finden. Seit Monaten wird mit den scheinheiligsten Argumenten der Konflikt um das iranische Atomprogramm hochgekocht. Die Verhaftung britischer Soldaten in Grenzgewässern zwischen Irak und Iran durch die iranische Marine heizte die Widersprüche weiter an.

Kurz nach dem vierten Jahrestag des Überfalls auf den Irak, aber noch rechtzeitig vor einem Krieg gegen Iran begann die deutsche Luftwaffe am 2. April mit der Verlegung von sechs Tornados nach Afghanistan. Damit stärkt die Bundeswehr die östliche

Angriffsflanke »Antiterror«-Streitkräfte im Nahen und Mittleren Osten. »Die Berliner Maßnahme erhöht zugleich den Druck auf den Iran«, schreibt www.german-foreign-policy.com in seiner Ausgabe vom 1. April. »Kommt es zu einem Überfall auf Teheran, stehen deutsche Einheiten in Afghanistan, vor der Küste des Libanon sowie am Horn von Afrika bereit, um den befürchteten Flächenbrand in den islamisch geprägten Staaten unter Kontrolle zu bringen. Insbesondere sichern deutsche Truppen die westliche Peripherie des Operationsgebiets im Mittelmeerraum und nutzen dabei auch Stützpunkte in Italien und Griechenland. Die militärische Deckung durch deutsche Marine- und Luftwaffeneinheiten erleichtert der US-Spitze mögliche Angriffsoperationen im Mittleren Osten - wie schon während des Zweiten (1991) und Dritten (2003) Golfkriegs gegen den Irak... Die traditionelle deutsche Kriegsbeihilfe sichert der Bundesrepublik - bei relativ geringen eigenen Verlusten - die stetige Präsenz in den Planungszentren militärischer Gewalt und eine stabile Position im Einflußkampf um die von Krieg überzogenen Gebiete.«

G.M.



Sanierung der WFGE durch Veruntreuung?

Eberswalde (bbp). Es sei ihm gelungen, aus dem defizitären Haushalt der Stadt einen ausgeglichenen Haushalt für jetzt und für die Folgejahre zu machen, erklärte der Eberswalder Beigeordnete Uwe Birk zu dem gegen ihn gestellten Abwahlantrag. Der Beteiligungsbericht der Stadt, in dem die wirtschaftlichen Ergebnisse der städtischen Unternehmen dargestellt werden, weise eine gesicherte Finanzierung der Technischen Werke Eberswalde GmbH (TWE) aus, schrieb dazu passend die regionale Tageszeitung in ihrer Ausgabe vom 1. April. Auch die Wirtschaftsfördergesellschaft (WFGE) ist seit Oktober 2006 »saniert«.

Bei genauerer Betrachtung erklärt sich das Sanierungswunder. Der Verkauf der Stadtwerke spülte insgesamt rund 28 Millionen Euro in die Kassen der TWE. Davon floß ein Teil in den städtischen Haushalt, der andere Teil hilft, die TWE-Defizite die nächsten zehn Jahre zu schönen. Wie die »Sanierung« der WFGE funktionierte, berichtete die BBP unter der Überschrift »Da sind Trickser am Werk« im November 2006.

Wie jetzt bekannt wurde, liegt dem Bürgermeister und der StVV eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Ersten Beigeordneten vor. Diesem wird im Zusammenhang mit der »Sanierung der WFGE« Untreue gegenüber dem ZWA Eberswalde, Nichtbeachtung der Ausschließungsgründe gem. § 28 GO (Befangenheit) und Nichtbeachtung der Zuständigkeit der StVV vorgeworfen. Dem ZWA entstehen gemäß dieser Dienstaufsichtsbeschwerde wegen der Finanztransaktionen zugunsten der WFGE Nachteile durch den Erlaß von Zinsen seit 2003 zu Gunsten der WFGE in Höhe von 259.900 Euro, dem Verzicht auf Beitragsforde-

rungen in Höhe von 356.000 Euro und dem Verzicht auf Zinsen für Restforderungen in Höhe von 425.300 Euro. Insgesamt also ein Vermögensschaden von 1.042.200 Euro.

Ferner verzichtet die Stadt Eberswalde gegenüber der WFGE auf Grundsteuerbeiträge und sonstige Abgaben einschließlich Stundungszinsen in Höhe von insgesamt 100.000 Euro. Zudem haben die TWE als Gesellschafterin der WFGE im Geschäftsjahr 2006 eine Kapitalerhöhung in Höhe von 500.000 Euro in bar geleistet. Ein weiterer Bürger äußerte in einem Brief an den Bürgermeister den Verdacht der Konkursverschleppung durch die WFGE.

Allerdings gibt es noch eine ganz andere Sichtweise zu den genannten Finanztransaktionen:

Wenn die ZWA-Verbandsversammlung am 15.12.04 die Beitragssatzungen für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung vom 24.02.96 und für die leitungsgebundene Schmutzwasserbeseitigung vom 30.10.02 rückwirkend zum 01.01.97 aufgehoben hat, dann müsste der ZWA auch die Beitragsforderungen gegenüber der WFGE stornieren. Alle Transaktionen wären überflüssig. Offen bleibt, warum die Stornierung nicht längst erfolgte.

Derzeit werden die Inhalte der Dienstaufsichtsbeschwerde durch die Stadt und die Kommunalaufsicht geprüft. Dies werde, so der Zwischenbescheid der Stadt, »noch einige Zeit in Anspruch nehmen«. Nach bisher unbestätigten Informationen hat der ZWA die Schulden noch nicht erlassen.

Baumschutzstammtisch

Am 30. März ist der Barnimer Baumschutzstammtisch ins Leben gerufen worden. Mitglieder und Unterstützer der Initiative zur Rettung der Allee Rüdnitz-Danewitz-L29 trafen sich im »Zeperner Hof« in Panketal. Sie erachteten die Gründung eines regionalen Baumschutzstammtisches als dringend notwendig, weil die Fällungen von vitalen Alleebäumen in der Region erschreckende Ausmaße erreicht haben. Aber auch in den Städten und Gemeinden sowie auf den Privatgrundstücken sind nach dem Inkrafttreten der kontraproduktiven Brandenburgischen Baumschutzverordnung im Jahr 2004 rigorose Abholzungen registriert worden. Diese Dynamik erklärt sich zudem aus dem rasanten Anstieg der Energie- und Holzpreise.

Karl-Heinz Wenzlaff (www.bar-blog.de) reflektierte den medial und gerichtlich geführten, monatelangen Kampf gegen den Landkreis Barnim um den Erhalt der mehr als 700 Bäume in der Rüdntzer Allee, der mit der Entscheidung des Obergerichtes vorerst ein gutes Ende gefunden hat.

Der PowerPoint-Präsentation folgten rege Gespräche bis in den späten Abend. Diskutiert wurde u.a. über gesetzliche Grundlagen, über den Schutz und die Pflege von Alleebeständen und Neuanpflanzungen und über das vom Verkehrsministerium vorgestellte neue Alleenkonzept »Strategie 21 für die Alleen in Brandenburg«. Verwunderung kam auf, als deutlich gemacht wurde, daß die Alleen im Land durch den § 31 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes zwar geschützt sind, der Begriff »Allee« jedoch in den Gesetzestexten nicht definiert ist. Hier muß alsbald Rechtssicherheit geschaffen werden. Kontroverse Diskussionen kamen darüber auf, ob Nachpflanzungen in Alleebeständen Sinn machen. Vielerorts hat sich diese Vorgehensweise bewährt, wobei sich die jungen Bäume zwischen den älteren gut einpassen und die Lücken nach zehn bis zwanzig Jahren geschlossen werden. Der optische Eindruck einer Allee würde somit erhalten bleiben. Ein weiteres Gesprächsthema war der naturschutzfachliche Wert von straßenbegleitenden Baumbeständen in ausgeräumten Landschaften, der generell mit dem Alter der Bäume zunimmt. Dies wurde in den Kontext zur Verkehrssicherungspflicht der Behörden gestellt.

Schließlich ging es um den Aufbau eines Frühwarnsystems, um bevorstehende Baumfällungen als auch Baumverstümmelungen (z.B. das unnötige Köpfen von Linden in den Dörfern) zu verhindern. Demnächst wird öffentlich eine Negativ-Positiv-Liste für die Dokumentation baumfrevlender und baumschützender Eingriffe im Landkreis Barnim geführt. Websites und -blogs sollen hierfür eingerichtet werden.

Am 11. Mai um 19.30 Uhr tritt der Barnimer Baumschutzstammtisch im Biesenthaler Bahnhof erneut zusammen. Interessierte sind herzlich dazu eingeladen. Konkretes dazu in der nächsten »Barnimer Bürgerpost«.

Dr. ANDREAS STEINER

Eberswalde wieder im Klima-Bündnis

Eberswalde (bbp). Mit Schreiben vom 26.01.2007 teilte der Verein Klima-Bündnis Alianza del Clima e.V. der Stadt Eberswalde mit, daß der Vorstand den Aufnahmeantrag der Stadt Eberswalde angenommen hat. Die Stadt ist damit wieder ordentliches Mitglied im Verein Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder /Alianza del Clima e.V. Eine Information darüber erfolgte erst auf der StVV am 22. März auf ausdrückliche Nachfrage.

Ende Februar erhielt die Stadt auch die Beitragsanforderung für 2007. Danach ist für 42.400 EinwohnerInnen ein Mitgliedsbeitrag von 0,006 Euro pro Einwohner, somit 254,40 Euro, zu entrichten. Entsprechend des StVV-Beschlusses vom Februar 2006 soll der Mitgliedsbeitrag durch Spenden aufgebracht wer-

den. Im Juni 2006 hatte Rainer Naumann als Vertreter des Energiesparkontors Barnim e.V., der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim, den Eberswalder Bündnisgrünen und dem Verein Lokale Agenda 21 Eberswalde e.V. einen symbolischen Scheck über 260 Euro dem damaligen StVV-Vorsitzenden Friedhelm Boginski überreicht. Vorgesehen war dieser Betrag eigentlich für den Mitgliedsbeitrag 2006. Da der Wiedereintritt aber erst jetzt erfolgte, kann mit dem Betrag die Mitgliedschaft bis Ende 2007 gesichert werden. Bereits bei der Scheckübergabe hatten die Spender ihre Zuversicht geäußert, daß die Stadt die Blamage, wegen 250 Euro das Klimabündnis zu verlassen, wieder gut machen will, indem künftig eine entsprechende Position in den Haushalt eingestellt wird.

Neue Gaspreise seit dem 1. April

Die Eberswalder Stadtwerke haben ab 1. April neue Gaspreise festgesetzt. Gesetzlich sind sie verpflichtet, den Kunden Tarifänderungen brieflich bekannt zu geben. Dies haben die Stadtwerke nicht getan (vgl. MOZ vom 27.02.07). Da es sich um eine Preisreduzierung handelt, gehen die Stadtwerke davon aus, daß es keine Widersprüche und Klagen geben wird. Diese Spekulation wird sicher aufgehen, denn welcher Abnehmer ist nicht mit einer Preissenkung einverstanden.

Mit einer Preissenkung einverstanden zu sein, heißt aber längst nicht, daß man die Höhe der neuen Preisfestsetzung akzeptiert möchte. Die Billigkeit und Angemessenheit des Preises steht trotzdem in Frage. Allein im Jahr 2006 haben die Stadtwerke die Gaspreise um etwa 20 Prozent erhöht. Daran gemessen geben die Stadtwerke nur einen kleinen Teil der vorheri-

gen Preiserhöhung zurück. Unterschiedlich nach Tarifarten macht die Reduzierung nur ein Drittel der Erhöhung 2006 aus.

Wer mit dem absoluten Preisniveau, das ab dem 1.4.07 gilt, nicht einverstanden ist, muß Widerspruch einlegen, auch wenn der Preis gesenkt wurde. Wer schon früheren Preisfestsetzungen widersprochen hat, die unter dem jetzigen Preisniveau lagen, muß sich darüber klar sein, daß bei einem Verzicht auf einen Widerspruch gegen den neuen Preis ab 1.4.2007 nun der neue Preis akzeptiert wird. Also trotz Preissenkung muß jeder Stadtwerkekunde für sich prüfen, ob er die neue Preishöhe akzeptieren will. Andernfalls muß Widerspruch eingelegt werden.

Wie man dabei vorgehen sollte, kann man bei der Verbraucherzentrale erfahren.

BERND POMRAENKE

Landrat muß Akteneinsicht erlauben

Eberswalde (bbp). Sowohl gegenüber den Mitgliedern des Ausschusses A5 des Kreistages wie auch gegenüber Gegnern der Sondermüllverbrennungsanlage der Firma Steil wurde seitens der Kreisverwaltung erklärt, daß die Stellungnahme des Landkreises zur Anlage nicht ausgehändigt werden kann. Dies wurde durch Landrat Bodo Ihrke auf Anfrage von Albrecht Triller im Kreistag nochmals bekräftigt. Die Kommunalaufsicht erklärte gegenüber Triller, daß die Akteneinsicht nach dem Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz wegen des laufenden Verfahrens nicht möglich wäre und auch auf der Grundlage der »Richtlinie des Europäischen Parlamentes über den Zugang der

Öffentlichkeit zu Umweltinformationen...« vom 28.01.2003 daran scheiterte, daß die Richtlinie noch nicht in deutsches Recht übergeleitet worden wäre.

Demgegenüber teilte die Landesbeauftragte für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht mit, daß die fehlende Umsetzung der EU-Richtlinie in brandenburgisches Landesrecht der Akteneinsicht nicht im Wege steht. Vielmehr ist bis zur Umsetzung die EU-Richtlinie unmittelbar anzuwenden. Triller erhielt daraufhin noch vor dem Erörterungstermin Akteneinsicht und eine Kopie der Stellungnahme des Landkreises zur Sondermüllverbrennungsanlage.

ICH KANN NICHT VERSTEHEN, WARUM SICH DIE MENSCHEN VOR NEUEN IDEEN FÜRCHTEN. MIR MACHEN DIE ALTEN ANGST.

JOHN CAGE

Zeit zum Handeln!

Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg soll am 1. Mai starten

Fast ein Jahr ist es her, daß ich als damaliger Vorsitzender des ver.di-Landesbezirkswerbslosenausschusses Berlin/Brandenburg die Frage zur Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg in den gewerkschaftlichen Gremien thematisiert habe. Diesbezüglich wurden auch dementsprechende Beschlüsse gefaßt. Bis dato muß man leider feststellen, daß nur noch der Landesverband Die Linke/PDS und hierbei insbesondere ihre Fraktion im Brandenburger Landtag mit der Verkehrsexpertin Anita Tack an vorderster Front das Begehren von sozial Benachteiligten ernst nimmt und nach ergebnisorientierten Lösungen sucht bzw. solche aufzeigt.

So informierte der Vorsitzende des Landesverbandes Thomas Nord am 31.03.07 auf der Regionalkonferenz der Planungsregion Uckermark-Barnim in Eberswalde über das Vorhaben der Landespartei, am 1. Mai eine Volksinitiative für das Sozialticket zu starten. Dazu wird es u.a. am 11. April eine Abstimmung mit der stellvertretenden DGB-Chefin von Berlin/Brandenburg, Doro Zinke, geben. Die spannende Frage ist, wie sich der DGB und ver.di in Berlin/Brandenburg bezüglich einer Beteiligung und Mitgestaltung an dieser Kampagne

verhalten werden. Denn wie heißt es so schön: Wir sind für unsere Mitglieder da [...und dazu gehören auch Erwerbslose und sozial Benachteiligte!]. Nur dies können die Meßlatte und der Maßstab des Handelns zur Umsetzung von Beschlüssen sein.

In diesem Sinne rufe ich alle Mitglieder der DGB-Gewerkschaften als auch die Wohlfahrts- und Sozialverbände sowie die Kirchen auf, sich am 1. Mai zum Start dieser geplanten Volksinitiative an den jeweiligen Veranstaltungsorten in den Brandenburger DGB-Regionen zu beteiligen. Ganz nach dem Motto: Wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Im Übrigen sollte das Thema Sozialticket nicht dazu mißbraucht werden, populistische Schlachten zu schlagen und Profilierungsorgien zu zelebrieren. Diesbezüglich möchte ich die Akteurinnen und Akteure der Eberswalder Montagsdemo und ähnlich gelagerter Aktions- und Sozialbündnisse in Brandenburg einladen, den aufgezeigten konstruktiven und zielorientierten Weg mitzugehen.

CARSTEN ZINN, Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses im ver.di-Bezirk Uckermark/Barnim und Mitglied im Erwerbslosenausschuss des ver.di-Landesbezirkes Berlin/Brandenburg

»Demokratischer Neuanfang?«

Eberswalde (bbp). Die Gäste der März-Sitzung der Eberswalder StVV staunten nicht schlecht, als in der Einwohnerfragestunde Albrecht Triller beim Vortrag einer Erklärung des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde vom StVV-Vorsitzenden Sven Köhle unterbrochen wurde. Es sei nicht zulässig, diese Erklärung vorzutragen, erklärte Köhle.

»Sicher werden Sie mir gleich erklären«, kam prompt die Erwiderung, »auf welche Rechtsgrundlage Sie sich bei dieser Aussage stützen«. Etwas Ratlosigkeit beim Vorsitzenden und ein Blick zum Bürgermeister. Dann die Antwort: »Das werden wir zu einem späteren Zeitpunkt erklären«. Triller entgegnete: »Dann trage ich die Erklärung in meinem eigenen Namen vor.«

Bürgermeister Friedhelm Boginski äußerte sich dann in seinem Bericht aus der Verwaltung zu dieser Frage. Der § 18 der Gemeindeordnung, so Boginski, lasse keine Erklärungen für Dritte in der Einwohnerfragestunde zu. Da die Geschäftsordnung der StVV an dieser Stelle keine Erwiderung zuläßt, erbat Albrecht Triller nunmehr vom Vorsitzenden der StVV eine schriftliche Antwort zur Verfahrensweise, um diese rechtlich prüfen lassen zu können.

Triller dazu gegenüber BBP: »Ich halte es sehr bedauerlich, daß der Versuch unternommen wird, die Bürgerbeteiligung mit Regularien zurückzudrängen. Im Bürgermeisterwahlkampf hat sich mit

dem ‚Bündnis für ein demokratisches Eberswalde‘ eine neue politische Kraft entwickelt, die über den Wahlkampf hinaus bemüht ist, Kommunalpolitik mitzugestalten. Es war dies das fünfte Mal, daß sich das Bündnis zu einem wichtigen auf der Tagesordnung der StVV stehenden Thema geäußert hat. Sachliche Reaktionen gab es bisher darauf nicht, dafür aber nun bei der fünften Erklärung ein Redeverbot.« Triller ist sich sicher, daß auf diese Weise das Bündnis nicht daran zu hindern ist, sich permanent in die Kommunalpolitik einzubringen. »Die Stadtverordneten werden sich mit den Fragen inhaltlich auseinandersetzen müssen.«

Die fünfte Erklärung des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde finden Sie in dieser Ausgabe.

§ 18 Einwohnerfragestunde; Beteiligung von Betroffenen und Sachverständigen

(1) Die Gemeindevertretung kann bei öffentlichen Sitzungen Einwohnern die Möglichkeit einräumen, Fragen zu Beratungsgegenständen oder anderen Gemeindeangelegenheiten zu stellen und Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten (Einwohnerfragestunde). Auch Kindern und Jugendlichen ist das Rederecht zu gewähren.

(2) Die Gemeindevertretung kann beschließen, Einwohner, die vom Gegenstand der Beratung betroffen sind, und Sachverständige zu hören.

(3) Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

Bürgerhaushalt

Im Bürgermeisterwahlkampf wurde in Eberswalde erstmals das Thema »Bürgerhaushalt« für Eberswalde diskutiert. Ziel des Bürgerhaushaltes ist es, das bürgerschaftliche Engagement der Eberswalder Bürger zu verstärken und ihren Einfluß auf den wichtigsten kommunalen Entscheidungsprozeß – den städtischen Haushalt – zu erhöhen. Anregungen und Vorschläge der Bürger sollen unmittelbar in die Haushaltsdebatte einfließen. Der städtische Haushalt soll für die Bürger transparenter werden. Insbesondere sollen die Bürger erkennen und darauf Einfluß nehmen können, was im eigenen Ortsteil passiert.

Bürgermeister Boginski hat am Beginn seiner Tätigkeit in allen Ortsteilen Einwohnerversammlungen durchgeführt. In diesen Versammlungen wurden viele Fragen gestellt, Erwartungen geäußert, Probleme und Mißstände aufgezeigt und viele Vorschläge für Problemlösungen und Verbesserungen gemacht. Damit wurde auch ein Grundstein für einen Bürgerhaushalt gelegt. Das Fazit der Einwohnerversammlungen sollte sich im Entwurf des Haushaltsplanes für 2008 niederschlagen.

Die Stadtverordnetenversammlung sollte beschließen, daß mit dem Haushaltsjahr 2008 die Arbeit mit einem Bürgerhaushalt begonnen wird. Im ersten Jahr der Arbeit mit einem Bürgerhaushalt könnten folgende Elemente Bestandteil des Bürgerhaushalts sein:

1. Der Investitionsplan für 2008 und die Folgejahre wird den Bürgern in der Entwurfsphase zur Kenntnis gegeben. Soweit es sich um ortsteilbezogene Investitionen handelt, werden sie nach Ortsteilen gegliedert. Den Bürgern werden Vorschläge für alternative Investitionsmaßnahmen zur Auswahl unterbreitet.
2. In einem gesonderten Planteil werden alle diejenigen Maßnahmen aufgelistet, die auf unmittelbare Vorschläge von Bürgern zurückgehen. Soweit sie zuordenbar sind, werden diese Maßnahmen ortsteilbezogen gegliedert.
3. In den Haushalt werden erstmals Mittel eingestellt, über die die Ortsbeiräte/Ortsbürgermeister eigenverantwortlich verfügen (z.B. Mittel für die Förderung von Aktivitäten von Vereinen oder gesellschaftlichen Gruppen, Ortsteilfeste u.a.).
4. Diese Elemente des Bürgerhaushalts werden den Bürgern so rechtzeitig zur Kenntnis gegeben und mit ihnen in Ortsteilversammlungen diskutiert, daß der Rücklauf noch in den Haushaltsentwurf eingearbeitet werden kann.
5. Über die Erfüllung der Ziele des Bürgerhaushaltes wird in den Einwohnerversammlungen Bericht erstattet.

Der Bürgerhaushalt für die Folgejahre sollte jeweils unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Vorjahre erarbeitet werden.

Bündnis für ein demokratisches Eberswalde 3

Der Fall Birk oder deutsche Beamtentreue

Der Königlich Preußische Kammergerichtsrat E. T. A. Hoffmann, besser bekannt als Verfasser von »Kater Murr« und anderen »Hoffmanns Erzählungen«, war von Amts wegen mit den »Demagogenverfolgungen« befaßt. 1819 hatte die damalige Europäische Union – die »Heilige Allianz« – mit den Karlsbader Beschlüssen den Kampf gegen die Opposition eröffnet, die die Einhaltung des Verfassungsversprechens der deutschen Fürsten forderte. Anlaß für diesen ersten »Krieg gegen den Terror« waren das Wartburgfest deutscher Studenten und Professoren und der Mord des Studenten Sand an einem Schriftsteller, der mit einigem Grund als kaiserlich-russischer Agent und Schnüffler angesehen wurde.

Hoffmann – konservativer, aber rechtstreuer Beamter – gingen die Auswüchse des damaligen Polizeiterrors zu weit. Er trat gegen einige juristische Exzesse auf und bekam selbst wegen seinem Märchen vom »Meister Floh« ein Disziplinarverfahren auf den Hals. Und ein Weimarer Geheimer Rat und Minister zeigte mit der Hereinnahme des Flohliedes in den »Faust« (»...Und durften sie nicht knicken und weg sie

jucken nicht. Wir knicken und ersticken doch gleich, wenn einer sticht!«) seine Sympathie für die verfolgten Studenten. Andere Juristen waren mutiger, sprachen angeklagte Studenten und Professoren frei oder äußerten offene Kritik an der Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Die Opposition in der Beamtenschaft war immerhin so stark, daß es zu einer Säuberung unter den Regierungsdienern kam.

Zweihundert Jahre später und nach den Erfahrungen mit dem faschistischen Terror regte sich wenig Widerstand, als sich die EU und die Bundesregierung dem »Krieg gegen den Terror« anschlossen. Die Eberswalder Stadtverwaltung lieferte z.B. im Oktober 2001 auf Beschluß des Eberswalder Amtsgerichts im Rahmen der »Rasterfahndung« die Daten von über 3000 Bürgern aus, obwohl nur Informationen über eine kleine Gruppe von Bürgern ausländischer Herkunft bzw. fremder Nationalität verlangt waren, von denen es in Eberswalde höchstens zwei Dutzend gab.

Verantwortlich war dafür der Eberswalder Beigeordnete Birk. Er wurde darauf hingewiesen, daß die Reaktion der Stadt unverhältniss-

mäßig sei, die Rechte ihrer Bürger mißachte, und daß andere Behörden die Rechtmäßigkeit dieser Rasterfahndung gerichtlich oder durch Expertengutachten prüfen ließen (so die Universität Potsdam).

Der eifrige Herr Birk führte jedoch den Wunsch der Obrigkeit allergehorsamst aus und meinte, es sei nicht Sache der Stadt, dagegen Rechtsmittel einzulegen. Im Gespräch sagte er, er unterliege als Wahlbeamter der Treuepflicht. Daß er Wahlbeamter der Eberswalder Bürger war und daher deren Rechte zu wahren hatte, kam ihm nicht in den Sinn. Inzwischen ist die Unrechtmäßigkeit jener Rasterfahndung obergerichtlich festgestellt.

Die Treue der deutschen Beamten (und das notorisch mangelhafte Rechtsbewußtsein der deutschen Öffentlichkeit) hat in die faschistische Diktatur geführt. Wir brauchen keine gehorsamen, kritiklosen Staatsdiener, sondern kritische und selbstbewußte Staatsbürger. Die vom neuen Bürgermeister beantragte Abwahl des Beigeordneten Birk ist auch aus dieser Sicht richtig. Sie sollte unterstützt werden.

ROLF RICHTER

Erörterungstermin zur geplanten Müllverbrennungsanlage:

Vier Tage lang Aktenstaub aufgewirbelt

Eberswalde (at). Vier Tage lang lieferten sich die Antragsteller der Sondermüllverbrennungsanlage und die von dieser Anlage betroffenen Bürger einen heftigen Schlagabtausch. Jede Seite bot Gutachter und Sachbeistände auf, um den eigenen Standpunkt zu untermauern. Nach vier Tagen Erörterungstermin lautet die vielgestellte Frage: Was ist nun das Ergebnis? Wird die Anlage genehmigt oder abgelehnt? Schon vor dem Erörterungstermin war die fehlerhafte Meinung sehr verbreitet, das Vorhaben habe sich erledigt, weil die Stadt ihre Zustimmung versagte. Auch nach der Erörterung ist noch nicht absehbar, wie die Entscheidung des Landesumweltamtes – der Genehmigungsbehörde – ausfallen wird.

Bei der Entscheidung, die das Landesumweltamt zu treffen hat, spielen die 14.000 Unterschriften der Bürger gegen die Müllverbrennungsanlage nur eine untergeordnete Rolle. Gleichwohl wurden sie eingangs des Erörterungstermins vom Verhandlungsführer als Ausdruck des großen öffentlichen Interesses hervorgehoben. Von Bedeutung sind die 4.007 schriftlichen Einwendungen der Eberswalder und Schorfheider Bürger, die den Inhalt und den Umfang der Erörterung bestimmen.

Obwohl öffentlich, waren es an den einzelnen Erörterungstagen nur ca. 20 bis 30 Bürger, die sich an den Debatten beteiligten. Die meisten davon gehörten zur Bürgerinitiative, die den Widerstand gegen die Anlage organisiert

hatte. Darunter auch jene, die sich bereits im Erörterungstermin von Rechtsanwalt Philipp Heinz vertreten ließen im Hinblick darauf, daß bei Genehmigung der Anlage darauf aufbauend gegen die Genehmigung geklagt werden kann.

Durch den gesamten Erörterungstermin zogen sich die Beanstandungen wegen Unvollständigkeit der Antragsunterlagen. Immer wieder wurde kritisiert, daß die Genehmigungsbehörde den Antrag zur Behandlung überhaupt angenommen hatte. Am dritten Erörterungstag stellte der Anwalt der Einwender den Antrag, den Erörterungstermin zu unterbrechen, bis die erforderlichen Antragsunterlagen beigebracht sind. Dem folgte das Landesumweltamt aber nicht, sondern räumte nicht nur in diesem Falle dem Antragsteller die Möglichkeit ein, fehlende Unterlagen nachzureichen.

Das Landesumweltamt steht nach der Erörterung nun vor einer ganzen Reihe schwieriger Entscheidungen. Wurde das richtige Genehmigungsverfahren gewählt? Hat die von der



Der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski ließ es sich nicht nehmen, am 27. März persönlich an der Erörterung zur Müllverbrennungsanlage teilzunehmen.

StVV beschlossene Veränderungssperre rechtlichen Bestand? Muß die vorhandene Anlage in das Genehmigungsverfahren einbezogen werden? Handelt es sich bei der beantragten Anlage um eine energetische Verwertungsanlage oder eine (verdeckte) Abfallbeseitigungsanlage? Wurde die bestverfügbare Technik gewählt? Ist ein humantoxikologisches Gutachten verzichtbar?

Es wird einige Wochen dauern, bis die Entscheidung des LUA vorliegt. Diese wird dann 14 Tage öffentlich ausgelegt. Der Entscheidung kann widersprochen und nach einem Widerspruchsbeklag werden.

Aufarbeitung der Spendenaffäre

Die 5. Erklärung des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde zur StVV am 22.3.

Bürgermeister Boginski hatte in seiner Antrittsrede angekündigt, in 4-6 Wochen das Ergebnis der Aufarbeitung der Spendenaffäre vorzulegen. Ein Bericht zu diesem Thema wurde im Rechnungsprüfungsausschuß am 8. März gegeben. Dazu gibt das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde folgende Erklärung ab:

1. Der Bericht über die Ergebnisse der Prüfung ausgewählter Sachverhalte aus dem Prüfbericht des Landkreises kann nicht als Aufarbeitung des Spendenskandals bezeichnet werden. Der Bericht hat sich im wesentlichen auf die Darstellung haushaltsrechtlicher Mängel beschränkt. Der Bericht geht aber an der Fragestellung völlig vorbei, wie es in der Stadtverwaltung zu Filz, Vettern- und Günstlingswirtschaft kommen konnte.
2. Die Aussage des Bürgermeisters und des Rechnungsprüfungsausschusses, daß mit dem gegebenen Bericht die Aufarbeitung des Spendenskandals beendet wäre, ist nicht zu akzeptieren! Die versprochene lückenlose Aufklärung ohne Ansehen der Person ist nicht erfüllt. Der Abbruch der Aufklärung muß als Versuch der Bemäntelung bewertet werden. Der erkennbare positive Ansatz für einen Neuanfang wird dadurch erheblich gestört.
3. Die Behauptung, daß eine weitergehende Untersuchung und Aufklärung in die laufende Untersuchung der Staatsanwaltschaft eingreift, ist nicht zutreffend. Vielmehr ist klar zu unter-

scheiden in staatsanwaltliche Untersuchungen einerseits und verwaltungsinterne Prüfungen sowie politische Verantwortung andererseits. Während von der Staatsanwaltschaft nur strafrechtlich relevante Vorgänge untersucht werden, müssen disziplinarrechtliche Fragen und die Funktionsfähigkeit verwaltungsinterner Regelungen durch die Verwaltung geprüft und durch die Stadtverordnetenversammlung politisch bewertet werden.

4. Das Bündnis teilt die Meinung, daß es keinen »Kriegszug gegen kleine Mitarbeiter« geben dürfe. Eine lückenlose Aufklärung ist aber erforderlich, um die Mitarbeiter von dem Druck zu befreien, daß ihnen ihre Korrektheit und Gradlinigkeit zum Schaden gereichen könnte. Lückenlose Aufklärung schafft Transparenz und Vertrauen.

5. Das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde appelliert an die Stadtverordneten, sich nicht mit dem unzureichenden Bericht zufriedenzugeben, sondern die umgehende weitere Aufklärung des Spendenskandals zu verlangen.

Transparenz bei städtischen Beteiligungen

Eberswalde (bbp). Der jährliche Bericht über die Beteiligungen der Stadt Eberswalde an Gesellschaften des privaten Rechts wird künftig bis zum 30. September des jeweiligen Jahres der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt. Außerdem wird der Beteiligungsbericht auf der Internetseite der Stadt Eberswalde veröffentlicht. Einer entsprechenden Vorlage der Linkspartei.PDS gaben die Stadtverordneten bei einer Stimmenthaltung auf ihrer Sitzung am 22. März mehrheitlich ihre Zustimmung.

Dem Beteiligungsbericht werden künftig auch die aktuellen Geschäftsberichte der Unternehmen, an denen die Stadt Eberswalde direkt oder indirekt beteiligt ist, beigefügt. Bei letzteren wurde auf Bitten der Stadtverwaltung eingefügt, daß dies bei Gesellschaften mit mindestens 50 Prozent städtischer Beteiligung gilt. Betroffen davon ist die Gesundheitsholding GLG mit ihren zahlreichen Tochterunterneh-

men. An der GLG hält die Stadt 3,8 Prozent der Anteile.

Bisher erhielten die Stadtverordneten den Beteiligungsbericht üblicherweise Ende des jeweiligen Jahres mit den Unterlagen für den Haushaltsplan. Der Beteiligungsbericht für das Jahr 2005 wurde sogar erst im März 2007 übergeben. Die Geschäftsberichte der Gesellschaften sind jährlich dem Registergericht vorzulegen und dort für jedermann einsehbar. Mit der Befügung dieser Berichte wird nunmehr gewährleistet, daß die Stadtverordneten keine Informationsnachteile gegenüber anderen Personen haben.

Der Beteiligungsbericht selbst soll gemäß Brandenburgischer Gemeindeordnung insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Beteiligungsverhältnisse, die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft und die Kreditaufnahme enthalten.

Beauftragter für erneuerbare Energien

Eberswalde (prest-ew). Die Bedeutung von erneuerbaren Energien wird immer größer und ihre Verwendung immer umfangreicher. Zahlreiche Nachfragen und Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern oder Institutionen gehen bei der Stadtverwaltung ein, deshalb ist es notwendig, daß ein Ansprechpartner für diese

Thematik da ist. Seitens der Stadtverwaltung wurde daher Karl-Dietrich Laffin aus dem Fachdienst Liegenschaften und Gebäudemanagement als Beauftragter für erneuerbare Energien benannt. Er ist unter der Telefonnummer 03334 / 64155 oder eMail: kd.laffin@eberswalde.de zu erreichen.

Gedenken im Stadtpark

Ja, es stimmt, was der Finower Pfarrer Martin Appel jüngst in einer Eberswalder Anzeigenzeitung schrieb. Das sowjetische Ehrenmal im Finower Stadtpark befindet sich in einem erbarmungswürdigen baufälligen Zustand. Obwohl sich die Bundesrepublik Deutschland 1990 im Rahmen der 2+4-Verhandlungen verpflichtet hat, die sowjetischen Ehrenmale instand zu halten und zu pflegen. Es gereicht unserer Stadt keineswegs zur Ehre, daß sie das Denkmal in den vergangenen 17 Jahren so hat vergammeln lassen.

Herr Appel irrt allerdings mit seiner Behauptung, »ein Gedenken findet hier schon lange nicht mehr statt«. Auch in den Jahren nach 1990 erinnerten die Finower Mitglieder der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft am Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus am Denkmal im Finower Stadtpark in stillem Gedenken an die gefallenen Sowjetsoldaten. Dabei galt und gilt das Gedenken nicht nur, wie von Pfarrer Appel vermutet, den russischen Soldaten, sondern auch den Kasachen, Ukrainern, Aserbaidshanern – allen Sowjetbürgern, die ihr Leben für unsere Befreiung opferten.

Zum 40. Jahrestag der Flugzeugkatastrophe vom 6. April 1966 legten die Mitglieder der der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. Blumen an dem Denkmal nieder. Die beiden Flugzeugführer Boris Kapustin und Juri Janow opferten damals ihr Leben, damit ihre vom Flugplatz Finow gestartete Jak-28, deren Steuerung versagt hatte, nicht in ein Westberliner Wohngebiet stürzt. Über diese Gedenkfeier hat die Presse vor einem Jahr ausführlich informiert (vgl. BBP 4 u. 5/2006).



Zur Gedenkfeier vor einem Jahr weilten auch Nonna Ivachtchenkowa und Elenora Polunina aus Rostow am Don in unserer Stadt (Foto). Sie kannten den Piloten Boris Kapustin. Nonna Ivachtchenkowa war Lehrerin an der Kapustin-Schule in Rostow. Die beiden Frauen vermittelten uns den Kontakt zur Schule und weiteren Institutionen in Rostow.

Auch nach Wjasma, dem Geburtsort von Juri Janow, gibt es inzwischen Verbindungen.

Auch in diesem Jahr werden wir am 6. April der Heldentat von Boris Kapustin und Juri Janow gedenken. Um 10 Uhr werden wir gemeinsam mit der AG Gedenkstätten aus Bernau am Denkmal im Finower Stadtpark Blumen niederlegen. Eine zweite Gedenkveranstaltung gibt es um 11.15 Uhr auf dem Gelände des Luftfahrtmuseums in Finowfurt.

WILHELM LANGE, Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V., Kreisverband Eberswalde

Bockiger Dezernent

Rüdnitz (bbp). Die Fällsaison ist inzwischen vorbei. Noch kurz vor dem 15. März hatte die Kreisverwaltung die Gelegenheit genutzt, elf Bäumen der Allee an der Kreisstraße K6005 zwischen Rüdnitz, Danewitz und der L29 wegen angeblicher Verkehrsgefährdung den Gar aus zu machen. Die Erneuerung der Straße mit schmalere Querschnitt, wie von den Barnimer Grünen vorgeschlagen, lehnt der zuständige Kreisdezent Carsten Bockhardt ausdrücklich ab. Er macht seinen Namen zum Programm: Wie ein bockiges Kind will der CDU-Politiker seine Position knallhar(d)t durchziehen. Auch wenn er dabei seinen bisherigen Ruf verliert, tolerant und sachorientiert mit anderen Meinungen umzugehen.

Bei den elf Fällungen soll es nicht bleiben. Inzwischen sind zahlreiche Bäume an der K6005 neu markiert worden. »Insbesondere kurz vor der L29, also in Höhe Baumschule sind die alten Ü nochmal übergesprayt und vielleicht auch von der Anzahl her mehr geworden«, heißt es im Barnim-Blog (www.bar-blog.de), »und in Rüdnitz, besonders vor den Häusern einiger Alleegegner, auch vor dem der Sprecherin der Baumgegner, sehen die Tags ziemlich frisch aus«. Dabei weist gerade der Baum vor der Tür der Baumgegnersprecherin mehrere Flechtenarten der Roten Liste auf. Ein Fällen kann hier mit einer Geldbuße bis zu 20.000 Euro geahndet werden (vgl. BBP 2/2007).

Zunächst stehen 50 weitere Bäume auf der Fällungsliste. Wie aus der Kreisverwaltung verlautet, soll es dafür ein neues Gutachten geben, das mit den Naturschutzverbänden abgestimmt werden soll. Eine Sanierung der Straße wird es in absehbarer Zeit nicht geben. Die Fördergelder sind inzwischen zurückgegeben worden. Vorschläge für eine Lösung des Problems hat die Kreisverwaltung nicht parat.

Antikorruptionsstelle

Eberswalde (prest-ew/bbp). Einem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung entsprechend, wurde in der Stadtverwaltung Eberswalde eine Antikorruptionsstelle eingerichtet. Neben einer Aufklärungs- und Beratungsfunktion nimmt die Antikorruptionsstelle auch die Aufgabe wahr, an der Aufklärung konkreter Korruptionsvorwürfe mitzuwirken. Dafür stehen Helmut Herold, Fachdienstleiter Bürgerangelegenheiten (Tel. 64354), Silvia Hoffmann, Prüferin in der Rechnungsprüfungsstelle (Tel. 64142) und Heike Schindler, Mitarbeiterin im Aufgabenbereich Recht (Tel. 64 571) für die gesamte Verwaltung, einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Personalrat sowie den Bürgerinnen und Bürgern als vertrauliche Ansprechpartner zur Verfügung.

Vor einigen Jahren hatte der Beigeordnete Uwe Birk die Aufgaben des Antikorruptionsbeauftragten übernommen. Allerdings geriet diese Funktion sehr bald in Vergessenheit.

BBG fit für eine Privatisierung?

Kein Geld für ein Sozialticket im Landkreis Barnim, aber 35.000 Euro, die für ein fragwürdiges Gutachten ruckzuck locker gemacht werden. Soll die Barnimer Busgesellschaft für eine Privatisierung fit gemacht werden? Ähnlichkeiten mit einem bereits gefaßten Beschluß des Kreistages Oberspreewald-Lausitz, der den Weg für eine Privatisierung des Südbrandenburger Nahverkehrs GmbH geöffnet hat, wären wohl rein zufällig.

Besteht die Wirtschaftsförderung im Landkreis Barnim, verantwortet durch den Dezernenten Carsten Bockhardt, nur aus dem Erteilen von fragwürdigen Gutachteraufträgen? Zudem solchen, die viel Papier und heiße Luft produzieren und nicht unerhebliche finanzielle Mittel des Kreishaushaltes vergeuden.

Beigeordneter Uwe Birk:

»Ich sehe keinen Grund für meine Abwahl«

Eberswalde (bbp). Anfang März beantragte Bürgermeister Friedhelm Boginski die Abwahl seines Beigeordneten Uwe Birk. Im Dezember hatte Boginski noch angekündigt, er wolle ungeachtet der vorliegenden politischen und zum Teil strafrechtlichen Vorwürfe gegen leitende Mitarbeiter der Stadtverwaltung über keinen den Stab brechen. Von ihm werde es keine Initiative zur Abwahl eines der beiden Beigeordneten geben. Alle sollten ihre Chance haben.

Während sich der 1. Beigeordnete Lutz Landmann in den folgenden Wochen sehr beflissen zeigte und auch Baudezernent Dr. Gunther Prüger sein Bemühen zur Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister und den Stadtverordneten erkennen ließ, hinterließ Birk auf den Sitzungen der StVV und der Ausschüsse sowie auf Einwohnerversammlungen einen eher gequälten Eindruck mit zur Schau gestellter Arroganz.

Birk selbst stellte die an ihn gerichteten Vorwürfe in einem Brief an die Stadtverordneten so dar: »In einem am 2. März zwischen dem Bürgermeister und mir geführten Gespräch ... zweifelte (er) meine Loyalität ihm gegenüber an und betonte mehrfach, die Chemie zwischen uns stimme nicht.« Auf der StVV am 22. März räumte Birk zudem ein, daß es »anfängs kleinere Meinungsverschiedenheiten« gegeben habe, versprach aber für die Zukunft eine »loyale Zusammenarbeit«. Der Bürgermeister irre sich über seine Persönlichkeit.

In dem Brief an die Stadtverordneten stellt Birk als seine Verdienste heraus: »Seit Mai 1992 stehe ich in den Diensten der Stadt Eberswalde. Unter dem damaligen Bürgermeister Dr. Mai habe ich ein leistungsfähiges Rechtsamt aufgebaut und viele satzungs- und verwaltungsrechtliche Grundlagen und Verfahrensweisen vorbereitet, die überwiegend noch heute Bestand haben.« Eine Überprüfung dieser satzungs- und verwaltungsrechtlichen Grundlagen und Verfahrensweise hat allerdings gerade erst begonnen. Erste Dis-

Mit Blick auf den Kommunalwahlkampf 2008 muß die Rolle und Aufgabe der Barnimer Busgesellschaft durch den neu zu wählenden Kreistag klar formuliert sein. Eine eventuell angestrebte Privatisierung würde nur zu Lasten der Beschäftigten gehen mit weiterem Personalabbau und erhöhtem Arbeitspensum bei Lohndumping. Als basisorientiertes Mitglied der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fordere ich die Verantwortlichen aller politischen und gewerkschaftlichen Ebenen auf, endlich aktiv zu werden, um rechtzeitig schädliche Entwicklungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge abzuwenden, die zu Lasten der Gemeinschaft in der Region Barnim gehen würden. Wehret den Anfängen einer schleichenden Privatisierung!

CARSTEN ZINN

krepanzen zum geltenden Recht kamen z.B. im Zusammenhang mit den jüngsten Straßenumbenennungen zum Vorschein.

Im Jahr 1996 »wählte mich (die damalige Stadtverordnetenversammlung) mit 2/3-Mehrheit zum Beigeordneten mit Wirkung bis 2004... In dieser Zeit galt es vor allem einen drastischen Personalabbau zu vollziehen.« Birk verweist zudem auf die »positiven Ereignisse« in diesem Zeitraum, wie die 750-Jahrfeier und den Brandenburgertag. »Ende 2004«, so Birk weiter, »wählte mich die Stadtverordnetenversammlung erneut mit einer 2/3-Mehrheit zum Beigeordneten«. Das war, als Bürgermeister Schulz auf dem Höhepunkt seiner Macht stand.

Birk weiter: »Die im Jahre 2005 äußerst angespannte Finanzlage konnte vor allem durch die sehr gute parteiübergreifende Zusammenarbeit der Stadtverordnetenversammlung mit der Finanzverwaltung des Rathauses, der ich seit März 2005 als Kämmerer vorstehe, wesentlich verbessert werden.« Ergebnisse waren u.a. der umstrittene Verkauf der Stadtwerke-Anteile, Kita-Schließungen und die Abgabe der weiterführenden Schulen und einiger Grundschulen.

Birk weiter: »Wir verfügen in diesem Jahr und in den nächsten Jahren wieder über eine ausgeglichene Haushaltslage, die es uns erlaubt, neben den pflichtigen Aufgaben und den erforderlichen Investitionen auch die freiwilligen Bereiche, wie Soziales, Kultur und Sport weiterhin bzw. noch verstärkter finanziell zu unterstützen. Damit dies so bleibt, bedarf es weiterhin einer umsichtigen Bewirtschaftung der Mittel.« Während die defizitären Technischen Werke wenig Potential für eine Privatisierung bieten, könnte der Verkauf der WHG nach dem Dresdner Vorbild durchaus bedeutende Mittel in den Stadthaushalt spülen und das strukturelle Defizit für weitere Jahre verschleiern.

»Hierzu«, so Birk, »möchte ich gerne weiterhin einen erfolgreichen Beitrag zum Wohle der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger ... leisten.«

Irre Politiker für Rente mit 67



Am 19. März fand die 95. Montagsdemo gegen Hartz IV und Agenda 2010 statt. Das Thema der Demo lautete: »Irre Politiker beschlossen Rente mit 67«. Die Bundestagsabgeordneten haben den gesunden Menschenverstand verloren. Mit dem Gerede vom demographischen Wandel soll die faktische Rentenkürzung verschleiert werden. Eberswalder Montagsdemo protestiert gegen diese Rentenkürzung.

10. Treffen der Sozialen Bewegung Land Brandenburg

Jüterbog (at). Seit über zweieinhalb Jahren gibt es nun schon die Montagsdemos in Eberswalde, im Land Brandenburg und in Gesamtdeutschland. Es hat sich ein breites Netzwerk der Organisatoren der Montagsdemos und anderen sozialen Bewegungen herausgebildet. In regelmäßigen Treffen tauschen die Teilnehmer Erfahrungen aus und verabreden gemeinsame Aktionen. Am letzten Wochenende fand in Jüterbog jetzt das 10. Treffen der »Sozialen Bewegung Land Brandenburg« (SBB) statt, an dem rund 40 Leute teilnahmen.

Im Mittelpunkt der Beratung stand eine Kampagne im Monat April, in der brandenburgweit das Thema »Reiches Land – arme Kinder« zum Gegenstand von Aktionen gemacht

werden soll. Ferner ging es um die Teilnahme an den Protesten anlässlich des G8-Gipfels. »Europäische Märsche« – eine Bewegung gegen Arbeitslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung, die schon 1997 auch in Eberswalde aktiv war, plant Märsche bzw. Fahrraddemos quer durch Deutschland nach Rostock, wo am 2.6.07 Demonstrationen gegen den G8-Gipfel stattfinden. Diese tangieren auch Orte aktiver Montagsdemos in Brandenburg Jüterbog, Zossen, Neuruppin. Am 30.06. wird eine Brandenburger Demo des SBB in Brandenburg (Havel) gegen den Sozialabbau stattfinden.

Das elfte Treffen von SBB findet am 13. Mai in Eberswalde statt.

Bundesregierung hält eine Milliarde Euro zurück

Es ist ein politischer Skandal, daß die Bundesregierung schon jetzt Eingliederungsmittel für Langzeitarbeitslose in Höhe von einer Milliarde Euro zurückhält. Dies geht aus einem Vermerk im Bundeshaushalt 2007 hervor. Mit diesem werden Gelder, die eigentlich für die aktive Arbeitsmarktpolitik von Langzeitarbeitslosen gedacht sind, gesperrt, um »einen eventuellen Mehrbedarf beim Arbeitslosengeld II« zu decken. Das teilte das Bundesarbeitsministerium auf meine Anfrage mit. Wörtlich erklärt das Ministerium bezüglich der einen Milliarde Euro weiter: »Damit stehen diese Mittel den Trägern der Grundsicherung nicht zur Verfügung.« Aus meinen Gesprächen mit Trägern in Bran-

denburg, die Langzeitarbeitslose qualifizieren und ihnen Beschäftigung bieten wollen, weiß ich, daß schon jetzt wegen der gesperrten Haushaltsmittel das Angebot bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik herunter gefahren wird. Dieser Trend, der fatal an Zustände aus dem Jahr 2006 erinnert, darf nicht weiter anhalten. Wir brauchen, gerade in den neuen Ländern, keinen Ab-, sondern einen Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Die Fraktion DIE LINKE. wird deshalb in den Bundestag einen Antrag einbringen, um die gesperrten Haushaltsmittel für die Träger der Grundsicherung frei zu geben.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Armut hat viele Gesichter

Eberswalde (bbp). Anfang März wandte sich der Vorsitzende des Erwerbslosenausschusses im ver.di-Bezirk Uckermark/Barnim Carsten Zinn mit Briefen an die Bürgermeister von Bernau, Schwedt, Angermünde, Eberswalde, Prenzlau und Templin sowie an die Landräte von Barnim und Uckermark.

»In der Bundesrepublik Deutschland leben etwa 11 Millionen Menschen in Armut«, schreibt Carsten Zinn, »darunter fallen ca. 2,5 Millionen Kinder. Armut hat heute viele Gesichter und bedeutet für die Betroffenen, insbesondere für die sozial Benachteiligten, vom gesellschaftlichen Leben, von der Kultur, dem Sport, ja sogar oft von der Bildung ausgeschlossen zu sein. Diese Problematik ist auch in Ihrer Stadt präsent. Suppenküchen, lokale Tafeln, Bekleidungskammern, Möbellager und andere Hilfseinrichtungen berichten von einem steigenden Zulauf. Erwerbslosen- und Sozialverbände, Schuldnerberatungen und Gewerkschaften schlagen Alarm.«

Der Erwerbslosenausschuß hat daher folgende Fragen formuliert:

»Gibt es in Ihrer Stadt durch die Verwaltung/der Stadtverordnetenversammlung Festlegungen bzw. Beschlüsse zu einem Sozialticket, Sozialpaß oder Ähnlichem? Sollte es andere verallgemeinerungswürdige Beispiele geben, um sozial Benachteiligten die Möglichkeit einzuräumen, weiterhin am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben zu können, würden wir uns freuen, über diese in Kenntnis gesetzt zu werden. Diese würden wir, wenn nachahmenswert, gern weiterempfehlen.

Welches Ausmaß hat Armut inzwischen in Ihrer Stadt erreicht? Gibt es regelmäßige Sachstandsanalysen diesbezüglich in der Stadtverordnetenversammlung und in der Verwaltung?«

Aufruf zur 97. Montagsdemo

Die 97. Montagsdemo findet am 16.04.07 um 16.30 Uhr auf dem wiedereröffneten Marktplatz am Löwenbrunnen statt. Das Motto lautet:

**Die Linde ist noch da –
WIR AUCH!**

Lohngleichheit durchsetzen!

Zum Internationalen Frauentag am 8. März machten Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam mit dem Globus Naturkostladen Eberswalde auf die immer noch bestehende Lohndiskriminierung von Frauen und ihre geringere Kaufkraft aufmerksam. Von 18 bis 20 Uhr erhielten Frauen an diesem Tag neben Informationen zur Lohn- und Chancengleichheit 26 % Rabatt auf ihren Einkauf im Naturkostladen. Frauen in Deutschland erhalten im Durchschnitt immer noch bis zu 26% weniger Lohn für gleichwertige Arbeit als Männer! Und das, obwohl die EU bereits vor 50 Jahren beim Abschluß der Römischen Verträge die Lohngleichheit als Ziel der EU verabschiedet hat.

KARL-DIETRICH LAFFIN

Armut: Hinsehen und Gegensteuern!

Bernau (de). Angesichts der wachsenden Armut in Deutschland lud die PDS-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Bernau zu ihrer Sitzung am 14. März 2007 Vertreter kommunaler Einrichtungen der Stadt sowie von Vereinen und Organisationen, die sich in der Sozialarbeit engagieren, in den Treff 23 ein, um sich mit ihnen über Erscheinungsformen der Armut in Bernau und Möglichkeiten, dem zu begegnen, auszutauschen.

So schnell wie in der Bundespolitik die Debatte zur Armut aufgekommen ist, so schnell war sie auch wieder verschwunden, so die Fraktionsvorsitzende Dr. Dagmar Enkelmann in ihrer Begrüßungsrede. Einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge leben in der BRD ca. 11 Millionen Menschen in Armut, davon sind ca. 2,5 Millionen Kinder. Dabei ist ein deutliches Ost-West-Gefälle zu verzeichnen, wobei zunehmend auch strukturschwache Gebiete im Westen betroffen sind. Als Hauptursachen bezeichnete Enkelmann die anhaltende Langzeitarbeitslosigkeit sowie die Folgen der Hartz-IV-Gesetze, aber auch Arbeitseinkommen, die unter dem Existenzminimum liegen. Ganz besonders betroffen seien Alleinstehende mit Kindern, zunehmend auch ältere Bürgerinnen und Bürger sowie MigrantInnen. Armut bedeutet heute vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen zu sein und fehlende Chancengleichheit u.a. beim Zugang zu Bildung, Kultur. Enkelmann forderte: HINSEHEN und GEGENSTEUERN!

Angewiesen auf Spenden der Geschäfte bietet die Bernauer Tafel an 6 Tagen in der Woche den Ärmsten der Armen die Möglichkeit, einzukaufen, berichtet Kerstin Greunke. Dank eines Kühltransporters könnten sogar Kühlwaren angeboten werden. Pro Woche kämen ca.

700 bis 900 Betroffene, überwiegend ALG-II-Empfänger und Rentner. Trotz des Überflusses in den Geschäften, besonders Discountern, gäben längst nicht alle etwas.

Beachtung fand das soziale Engagement der beiden städtischen Unternehmen WObAU GmbH und GGAB. Ute Schäfer für die Geschäftsführung der WObAU berichtete von den Bemühungen, gerade Hartz-IV-Betroffenen die Räumung ihrer Wohnung zu ersparen. Hilfsangebote erfolgen über einen Mietwirt, der Kontakte zu entsprechenden Behörden und Vereinen vermittelt. Auf diese Weise konnte 2006 die Zahl der Wohnungsräumungen auf vier halbiert werden. Ähnlich äußerte sich Roswitha Bartel, Geschäftsführerin der GGAB. Gerade ältere Bürger, die nie in ihrem Leben auf fremde Hilfe angewiesen waren, müßten immer wieder ermuntert werden, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Dem schloß sich Gudrun Gaethke, Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, an. Man dürfe nicht warten, bis die Betroffenen kommen, man muß sie ansprechen, hingehen, sie informieren.

Eine Stadt muß immer helfen können, so die Auffassung von Bürgermeister Hubert Handke. Gerade für die Wehrlosen muß man das Möglichste tun, seien es genügend Kitas in der Stadt, ordentliche Spielplätze, Sportmöglichkeiten u.a. Frau Grassmann schlägt vor, Flyer mit Hilfsangeboten, auch mit Hilfe der Stadtverwaltung anzufertigen und zu verteilen, denn die Armut ist nicht mehr irgendetwas Fernes, »sie ist da, auch hier in Bernau«. Eine Langzeitstudie zur Kinderarmut, an der die Kita Regenbogen in Bernau-Süd beteiligt war, belegt eindeutig, so die Leiterin Astrid Paschkowski, welche wichtige Rolle die Kita beim Erlangen sozialer Kompetenzen spielt, besonders für Kin-

der aus armen Familien und auch nicht erst mit dem 3. Lebensjahr.

Dieter Gadischke von der evangelischen Gemeinde appelliert, daß man immer wieder auf die Eltern zugehen muß, sie ermuntern muß, die Angebote, z.B. auch im Jugendtreff »Offene Hütte« zu nutzen. Pfarrer Kord ist bestürzt über die Armut, die vor der eigenen Haustür liegt, man muß mehr als bisher Ohren und Augen öffnen.

Mit der Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden Armut sind viele der Betroffenen, gerade auch die Älteren, völlig überfordert, meint Sabine Schmalz, Geschäftsführerin der AWO. Die Schuldnerberatung sei nur ein Hilfsangebot zur Selbsthilfe.

Die Arbeit der Bernauer Tafel und aller anderen sozialen Einrichtungen ist in der heutigen Zeit wichtiger denn je geworden. Es sollte nicht jede Einrichtung ihr eigenes Stüppchen kochen, forderte Rotraud Schulz, stellv. Vorsitzende des Kreisverbandes Barnim der Volkssolidarität an, viel wichtiger sei eine Verknüpfung aller.

Auf die veränderten Lebensbedingungen der MigrantInnen machte Galina Bissing, Stadtverordnete, aufmerksam. Ihren Vorschlag über das Betreiben von Gärten zur Eigenversorgung nahm Bürgermeister Handke mit.

Um der sozialen Verantwortung von Bernau auch weiter gerecht zu werden, sollte die Stadt gemeinsam mit den Vereinen und sozialen Einrichtungen Sorge dafür tragen, daß z.B. der Sozialpaß erhalten bleibt, die kommunalen Unternehmen so ausgestattet werden, daß die soziale Aufgabe gewährleistet werden kann, und auch die jüngsten Einwohner unabhängig vom Sozialstatus ihrer Eltern eine Kita besuchen können, resümierte Enkelmann zum Abschluß.

Tarifabschluß 2007:

»Das zarte Pflänzchen Aufschwung soll zertreten werden«

Bauabschluß von 3,5 Prozent pflegt die Kurse der BAU AGs aber schadet dem Mittelstand

Voller Unverständnis hat der Zweckverband Ostdeutscher Bauverbände auf den Tarifabschluß in der Baubranche von 3,5 Prozent reagiert. »Dies ist für die mittelständischen Betriebe in den neuen Bundesländern, die noch tarifgebunden sind, der letzte Sargnagel. Gott sei Dank sind die Betriebe des ZVOB schon seit Jahren aus den Arbeitgeberverbänden der Bauwirtschaft ausgetreten. Für diese Betriebe gilt weder die abwegig hohe Anhebung der Löhne von 3,5 Prozent noch der Lehrlingsvergütungen von 3,1 Prozent«, erklärte der Geschäftsführer des ZVOB, Wolf Burkhard Wenkel.

Der unvertretbar hohe Abschluß sei auf die mangelnde Standfestigkeit insbesondere der Handwerksvertreter in den Tarifverhandlungen zurückzuführen. Auch die euphorische

Feier eines Konjunkturaufschwungs von mehr als 3 Prozent seitens der Bauindustrie habe bei den Verhandlungen zu einem wirtschaftlichen Optimismus geführt, der es der IG BAU leicht gemacht habe, ungerechtfertigte Lohnforderungen durchzusetzen.

Die Bauwirtschaft im Osten geht für das abgelaufene Jahr von einem Anstieg von etwa 1 Prozent und für das Jahr 2007 von einer schwarzen oder roten null aus. Dabei sei gerade für das laufende Jahr 2007 vollständig unklar, ob der Weg aus der Talsohle schon nach oben gehe. Die leichte Verbesserung der Baukonjunktur könne auch auf Vorzieheffekten infolge der Erhöhung der Mehrwertsteuer, auf den milden Winter oder auf den Preisanstiegen bei den Materialkosten beruhen.

Wenkel forderte die noch tarifgebundenen Unternehmen auf, die Arbeitgeberverbände nunmehr zu verlassen, um durch Tariffreiheit ihr wirtschaftliches Überleben zu sichern. »In einem Tarifgebiet, wie z.B. Ostdeutschland, in dem nicht einmal die Mindestlöhne flächendeckend gezahlt werden, kommt eine Anhebung der Tariflöhne, die ihrerseits etwa 3 bis 4 Euro über den Mindestlöhnen liegen, einem Stück aus dem Tollhaus gleich«, sagte Geschäftsführer Wenkel abschließend.

Der ZVOB ist der größte Bauverband in den neuen Ländern, mit ca. 2.100 Betrieben und 22.000 Beschäftigten.

BIRGIT BOLZ, Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V.

Industriemäßige Ferkelproduktion in der Biosphäre

Wir lehnen eine solche industriemäßige Tierproduktion im Biosphärenreservat eindeutig ab und unterstützen Anwohner und Kritiker der Anlage in ihrem Widerstand gegen diese Pläne.

Eine tierquälerische Massenhaltung auf engstem Raum, mit Betonspaltenböden, hohem Medikamenteneinsatz und mehrfachen Tiertransporten, unter anderem aus Holland hierher, hat in einem Biosphärenreservat nichts zu suchen. Das Ziel von Biosphärenreservaten ist es, eine dauerhaft umweltgerechte Nutzung der natürlichen Ressourcen modellhaft zu entwickeln und umzusetzen. Landschaften, Ökosysteme, Arten und die genetische Vielfalt sollen gesichert und eine wirtschaftliche Regionalentwicklung gefördert werden, die kulturell, sozial und ökologisch nachhaltig ist. Dies müssen die Maßstäbe für gewerbliche Ansiedlungen sein.

Die geplante Anlage dürfte keinem dieser Ziele entsprechen.

Mit 2 Arbeitskräften auf 11.000 Tiere gefährdet die Intensivproduktion Arbeitsplätze in kleineren Betrieben. Die zu erwartenden Stickstoffeinträge über die Luft und die anfallende Gülle bedrohen sensible Pflanzengesellschaften in den angrenzenden Schutzgebieten sowie das Oberflächen- und Grundwasser. Die Art der Tierhaltung hat mit Tierschutz und ethischen Maßstäben nichts gemein und der unverhältnismäßig hohe Transportaufwand ist klimaschädlich, lärm- und schadstoffintensiv. Daß solche Anlagen in Holland nicht mehr ohne weiteres errichtet werden dürfen, sollte schon Grund genug sein, auch hier die Genehmigung zu verweigern.

STEFAN STAHLBAUM, Stellv. Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen Barnim

Keine Gentechnik im Essen der Kitas und Schulen

In städtischen Schulen, Kindertagesstätten und anderen städtischen Einrichtungen werden zur Zubereitung angebotener Speisen keine gentechnisch veränderten Nahrungsmittel verwendet. Eine entsprechende Beschlusvorlage der Fraktion der Linkspartei.PDS haben die Eberswalder Stadtverordneten bei zwei Enthaltungen am 22. März mehrheitlich beschlossen. Sollte eine Zubereitung der Speisen ohne gentechnisch veränderte Bestandteile nicht möglich sein, muß künftig ausdrücklich darauf hingewiesen werden.

Nachdem sich die Stadt Eberswalde im Juni 2005 zur »gentechnikfreien Kommune« erklärt hatte, wird dies mit dem aktuellen Beschluß mit Leben erfüllt. Beide Vorlagen erarbeitete die Fraktion in enger Zusammenarbeit mit der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim.

Trotz breiter Ablehnung von ca. 70 bis 80 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher werden wir in Deutschland mit (bislange noch wenigen) Lebensmitteln konfrontiert, die

Bestandteile gentechnisch veränderter Pflanzen enthalten. Die möglichen gesundheitlichen Risiken von Agro-Gentechnik in Lebensmitteln sind bisher nicht ausreichend erforscht. Die dünne Datenbasis bei der Agro-Gentechnik sollte Anlaß zu maximaler Vorsicht und Skepsis sein. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher sorgen sich, daß ihnen gentechnisch veränderte Produkte aufgedrängt werden. Gerade bei Kindern und Jugendlichen ist es für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen von besonderer Bedeutung, daß die Ernährung gesund und ohne Risiken ist. Daher spielt die Ernährung in Schulen und Kindertagesstätten eine besondere Rolle. Hier muß gewährleistet werden, daß Produkte ohne Gentechnik angeboten werden. Ist dies nicht zu garantieren, so sind darüber die Eltern zu informieren, damit zumindest Transparenz und Wahlfreiheit besteht.

WOLFGANG SACHSE, Fraktionsvorsitzender Die Linke.PDS in der StVv Eberswalde

Sang da nicht die Nachtigall?

Bei den Vogelstimmenwanderungen des ÖkoLeA können Sie viele heimische Singvogelarten näher kennen lernen. Im Frühjahr sind diese besonders aktiv und lassen sich gut beobachten und noch besser belauschen. Nach der März-Wanderung in der Nähe des Roten Hofes, geht es Ende April in die offene Landschaft bei Klosterdorf, im Mai rund um den Herrensee und im Juni an die Ufer des Straussee.

Falls vorhanden, bitte Ferngläser und Vogelbestimmungsbücher mitbringen.

Treffpunkt: So, 15. April, 10 Uhr, ÖkoLeA Bildungswerk Klosterdorf (bei Strausberg), Dauer: ca. 2 Stunden, Kosten: 3,50 Euro (erm. 2,50 Euro) pro Veranstaltung. Mit dem Diplombiologen Ulf Helke.

KATJA RESAGK

Gemeinschaftshof Bernau

Der »Gemeinschaftshof Bernau«, das ist eine Gruppe engagierter Leute aus der Umgebung von Bernau, Eberswalde und Berlin. Wir wollen einen Gemeinschaftshof, der Menschen ein alternatives Zusammenleben in einer generationsübergreifenden Gemeinschaft ermöglicht. Ökologische und soziale Grundsätze bilden das Fundament des Zusammenlebens. Toleranz und Vielfalt sollen gefördert werden. Das Projekt soll neben dem Wohnen ebenso Raum für ökonomische und kreative Betätigungen bieten. Unser derzeitiger favorisiertes Objekt ist der Pappelhof in Schönow. Das Projekt Gemeinschaftshof Bernau ist offen für alle, die unser Anliegen teilen und mitmachen wollen – ob jung oder alt.

Gemeinschaftshof Bernau
(via coforum.de, gefunden von Karl Dietz)

BI gegen Industrieferkel

Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Klein-Ziethen setzen sich zur Wehr und haben eine Bürgerinitiative gegründet, die sich gegen eine überdimensionale Schweineaufzuchtanlage wehrt. Wie immer sollen die Folgebelastungen von und durch die Bürgerinnen und Bürger bzw. die Kommune getragen werden. Da geht es nicht nur um die Geruchsbelastungen in der wirklich nahe gelegenen Wohnsiedlung, sondern auch um die Bewältigung eines mit einer solchen Anlage verbundenen Verkehrs, für den die Ortsstraßen überhaupt nicht ausgebaut sind.

Alle, die ihrem Protest gegen eine solche Anlage in der Biosphäre und im Geopark Ausdruck verleihen wollen, können sich an einer Demonstration ihres Willens am Samstag, den 7. April 2007 in Klein-Ziethen ab 9 Uhr beteiligen. Treffpunkt ist die Dorfstraße 36.

MARGITTA MÄCHTIG

Radfahren für Klimaschutz

Radfahren kann den CO₂-Ausstoß des Verkehrs um sechs Prozent senken. Wenn Fahrten bis 7,5 Kilometer statt mit dem Auto mit dem Fahrrad zurückgelegt würden, könnte das jährlich in den Niederlanden einen Ausstoß von 2,4 Mio Tonnen CO₂ ersparen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Berechnung des niederländischen Fahrradverbandes »Fietzersbond«.

»Die Ergebnisse aus den Niederlanden sind auch für Deutschland richtungweisend«, sagt dazu Karsten Hübener, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC). Welches Reduktionspotential das Fahrrad bieten kann, zeige das Beispiel der nordrhein-westfälischen Stadt Troisdorf. Dort stieg nach gezielten Maßnahmen die Fahrradnutzung innerhalb von acht Jahren um ein Drittel. Zugleich sanken die Pkw-Fahrten um zehn Prozent. Auf Gesamtdeutschland hochgerechnet ergäbe dies ein Einsparpotential von rund drei Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr. Das sind fast ein Fünftel der vom nationalen Klimaschutzprogramm geforderten CO₂-Verminderung im Straßenverkehr. Das Umweltbundesamt schätzt, daß eine Erhöhung des Radverkehrs den CO₂-Ausstoß um vier bis sogar 13 Millionen Tonnen vermindern kann. »Anreize kann die Bundesregierung mit dem Nationalen Radverkehrsplan schaffen. Sie muß dann aber auch mehr Mittel zur Verfügung stellen«, sagt Hübener. Zuletzt hatte die Bundesregierung den Etat für Radwegebau an Bundesstraßen von 100 auf 80 Millionen Euro pro Jahr reduziert.

In Eberswalde haben wir günstige Möglichkeiten, das Fahrradfahren zu fördern. Beispielsweise zieht sich der Treidelweg durch die ganze Stadt. Lediglich einige Anbindungen müßten noch günstiger gestaltet werden. Nebenbei: Mit den Freunden vom Fietzersbond bin ich im Sommer von Brüssel nach Paderborn geradelt.

KURT BERUS

(unter Nutzung von Informationen des ADFC)

Mit erhobenem Haupt und klarem Verstand!

Kurzbericht vom Nutzwassertag 2007 am 17. März in Potsdam

Nach einem Jahr Pause gab es ihn wieder, den alternativen (Ab)wassertag. Der Veranstalter und Moderator, Ulrich Jochimsen, Vorstand der Grundtvig-Stiftung und Geschäftsführer des Netzwerkes Dezentrale EnergieNutzung (DEN) konnte ungefähr 60 Teilnehmer aus Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern begrüßen. Hauptreferent war Prof. em. Dr. Willy Ripl, Systeminstitut AquaTerra, Berlin.

In seinem Vortrag über Klimamodelle und ihre gesellschaftlichen Folgen spielte das Wasser als Grundlage des Lebens und gestaltendes Element der Erde eine zentrale Rolle.

Wasser ist die bestimmende Größe für die Energieverteilung und die Stoffflüsse in Ökosystemen. Nur durch verantwortungsbewußten, klugen, nachhaltigen Umgang mit Wasser funktionieren physikalische, chemische und biologische Prozesse optimal. Kurz geschlossene Wasserkreisläufe sind die Voraussetzung für eine gesunde Vegetation. Die Bedeutung des Wasserdampfs als Klimagas für die Kühlung unseres Planeten übersteigt um Größenord-

nungen die Bedeutung der sog. Treibhausgase Kohlendioxid und Methan. Nur durch Beachtung der Regeln für die Selbstorganisation dynamischer Systeme kann es gelingen, unser Klima zu reparieren.

Wir haben es nicht mit einem Klimawandel (das hört sich an wie von fremder Hand!) sondern mit einer Zerstörung gesunden Klimas durch den Menschen zu tun. Folgen der Eingriffe des Menschen in den Wasserhaushalt, in die Vegetation und durch falschen Umgang mit dem Boden sind Wüsten. Sie bedeuten letztlich den Untergang der Zivilisationen, die glauben, sich über die Natur erheben zu können. In Ägypten, Mesopotamien und Mexiko gab es einmal Zivilisationen in blühenden Landschaften. Sie haben die blühenden Landschaften zerstört und damit sich selbst ihrer Lebensgrundlage entzogen.

Die nachfolgenden Vorträge und die jeweils anschließende Diskussion gaben Beispiele dafür, daß es die Behörden des Landes den Bürgern schwer, oft unmöglich machen, mit Wasser vernünftig umzugehen. Das Land Branden-

burg ist das Bundesland der Bundesrepublik, das am wenigsten nachhaltig wirtschaftet. In einigen Gebieten Brandenburgs ist die Versteppung bereits sichtbar. Die Vergeudung von Grundwasser als Folge hemmungslosen Profitstrebens hat bereits dazu geführt, daß Salzwasser in obere Bodenschichten aufgestiegen ist und Böden unfruchtbar geworden sind.

Deutschland glaubt, das Problem durch Abfallhandel mit Klimagasen in den Griff zu bekommen. Wir sehen uns als Vorreiter in Sachen Klimaschutz. In Wahrheit sind wir Vorreiter im kaputt wirtschaften (Originalton Ripl). Unsere Marktwirtschaft ist eine Vergeudungswirtschaft, die nicht bereit ist, von der Natur zu lernen, wie man Reaktions- und Transportvorgänge optimal organisiert und gestaltet. Die verfehlte Wasser- und Abwasserpolitik, die auch im neuesten Wassergesetz nur die »Abwasserbeseitigung« kennt, ist nur ein Beispiel dafür! Die Berichterstattung vom Nutzwassertag wird fortgesetzt.

JOHANNES MADEJA, Wasser in Bürgerhand - W!B - Aktionsgruppe Barnim

Alleenkonzert des Landkreises:

»Die Alleen befinden sich in guten Händen«

Eberswalde (bbp). Auf der Februarsitzung des Umweltausschusses des Kreistages Barnim stellte die untere Naturschutzbehörde ein Anfang des Monats angekündigtes Alleenkonzert vor. Von Ausschußmitgliedern als »sehr rudimentär« bezeichnet, enthält dieses Konzept zunächst statistische Angaben zum Bestand an Alleen im Landkreis Barnim. Demnach sind von den 2365 Straßenkilometern im Barnim 654 Kilometer Alleen. Das sind 28 Prozent. Der Landkreis ist für 21 Kilometer Alleen verantwortlich, das sind 36 Prozent der 58 Kilometer Kreisstraßen. Bei 81 der 156 Kilometer Bundesstraße, 145 der 352 Kilometer Landesstraße und 407 der 1731 Kilometer Gemeindestraßen handelt es sich ebenfalls um Alleen. Die 69 Kilometer Autobahn sind ohne Alleen. An Bundes- und Landesstraßen sind Linde und Spitzahorn die häufigsten Alleebäume. Von Kreis- und Gemeindestraßen werden dazu keine Angaben gemacht.

Nach den Frühjahrsbaumschauen 2006 sind im Bereich der Straßenmeisterei Biesenthal 225 und bei der Straßenmeisterei Eberswalde 27 Alleebäume zur Fällung vorgesehen worden. Bei 40 bis 50 Prozent der Bäume geht die Ursache auf Salzschäden zurück. Daneben werden eine falsche Standortwahl, schlechtes Pflanzmaterial, Wurzel- und Stammschäden, falsche Pflege, Pilz- und Insektenbefall, Sturm- und Frostschäden sowie das Alter der Bäume als Schadensursachen benannt.

Als wichtig erachtet wird in dem Konzept, daß Alleen als Gefährdungspotential anzusehen sind. Zur Veranschaulichung werden zwei Unfälle mit Todesfolge aus dem Jahr 2002 in der Uckermark und in Märkisch Oderland angeführt (»Zwei junge Frauen und ihre Kinder...«), bei denen die für die Unterhaltung der Alleen Verantwortlichen wegen fahrlässiger Tötung verurteilt wurden. Demzufolge erkennt die kreisliche Naturschutzbehörde »zunehmendes Konfliktpotential«. So steige die Schadhafteigkeit der Bäume, was z.T. die Erhaltungswürdigkeit in Frage stelle, außerdem stiegen die Anforderungen an die Verkehrssicherheit. »Viele alte Alleebäume«, heißt es, »müssen im Ergebnis der Baumschauen gefällt werden«. Dem stehe das gesetzliche Erfordernis entgegen, die Alleen zu erhalten.

In den drei Jahren von 2003 bis 2005 gab es an den 226 Alleekilometern der Bundes- und Landesstraßen 1.571 Baumfällungen, davon 299 wegen Baumaßnahmen (2003: 63, 2004: 189, 2005: 47) und 1272 »unterhaltungsbedingte Fällungen« (300, 735 und 237). Dem standen insgesamt 784 Neupflanzungen gegenüber. Das Pflanzdefizit konnte im Jahr 2006 vermutlich verringert werden. Insgesamt wurden an Bundes- und Landesstraßen 1.398 Bäume gepflanzt. Die Fällungen des Jahres 2006 sind in der veröffentlichten Statistik nicht enthalten. Nach einem dem Alleenkonzert beigefügten Diagramm können im Jahr 2006 gut 400 Fäl-

lungen vermutet werden. In diesem Diagramm wird das Verhältnis zwischen Fällungen und Neupflanzungen dargestellt. Demnach gab es 1994 etwa dreimal soviel Neupflanzungen wie Fällungen.

Von diesem »Vorrat« zehrte die Statistik bis etwa zur Jahrtausendwende. Von 2000 bis 2003 gab es fast keine Ersatzpflanzungen, so daß erst mit den überdurchschnittlichen Nachpflanzungen von 2006 wieder ein Verhältnis von etwa 1 : 1 erreicht wurde. Daß ein solches Verhältnis nicht ausreicht, den Alleenbestand zu erhalten, sind sich die Fachleute einig. Die Naturschutzgesetze sehen in abhängig vom Stammumfang der zu fällenden Bäume durchschnittlich etwa 5 Neupflanzungen pro gefällttem Baum vor. Im Alleenkonzert wird demgegenüber das Kompensationsverhältnis von 1 : 1 als »Regelfall« dargestellt.

Über die Fällungen und Neupflanzungen an Kreis- und Gemeindestraßen gibt das vorgestellte Alleenkonzert keine Auskunft. Zum Abschluß werden die Alleen aufgezählt, die im Kreis Barnim seit 1990 neu bzw. wieder bepflanzt wurden. Künftig sollen Alleenpools für Ersatzpflanzungen aus Baumschauen beim Landesbetrieb für Straßenwesen und beim Landkreis gebildet werden. Außerdem seien Alleeneupflanzungen aus dem Ersatzpflanzungsfonds des Landkreises vorgesehen. Das Alleenkonzert schließt mit der Feststellung: »Die Alleen befinden sich in guten Händen«.

Initiativen der AGU erfolgreich umgesetzt

Eberswalde (bbp). Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim (AGU) konnten auf ihrem jüngsten Treffen am 23. März im Café am Weidendamm auf mehrere erfolgreich abgeschlossene Initiativen verweisen. Der auf Anregung der AGU von der Eberswalder Stadtfraktion eingereichte Beschlußvorschlag zum gentechnikfreien Essen in den städtischen Schulen und Kitas fand auf der März-StVV bei zwei Enthaltungen mehrheitliche Zustimmung. Zur gleichen Zeit wurde bekannt, daß der Anfang 2006 durch die AGU im Verein mit den Eberswalder Bündnisgrünen, der Lokalen Agenda 21 Eberswalde und dem Energiesparkontor Barnim initiierte Wiedereintritt der Stadt Eberswalde in das Klimabündnis nunmehr umgesetzt wurde (Seite 2). Demnächst wird die Stadtverwaltung über die Umsetzung des Maßnahmenplans zum Klimaschutz aus dem Jahr 2000 berichten.

Die im Februar im Auftrag der Stadtfraktion fertiggestellte Studie zum Stadtwald Eberswalde wurde auf der Fraktionssitzung am 2. April gemeinsam mit Vertretern der AGU diskutiert. Die von dem CDU-Stadtverordneten Prof. Jo-

achim-Hans Bergmann für den März avisierte Stellungnahme zum Stadtwald liegt leider nicht vor. Zum Thema Wald wird es am 11. Juli in Zusammenarbeit mit der Kreistagsfraktion im Waldsolarheim eine Konferenz geben.

Die AGUler diskutierten desweiteren über Vorschläge zur Änderung der Verwaltungsstrukturen in Stadt und Kreis. Derzeit liegen die Umweltaufgaben im Bereich der Bauverwaltungen. Dies führt zu unbefriedigenden und von einseitigen Interessen beeinflussten Ergebnissen, wie sich im Zusammenhang mit den Alleeauffällungen (Rüdnitz, Sommerfelde u.a.) und der geplanten Müllverbrennungsanlage der Steil GmbH zeigte. Die für die Umsetzung der Umweltaufgaben verantwortlichen Stellen müssen ihre Arbeit eigenständig und unbeeinflusst von Bau- und Wirtschaftsinteressen erledigen können. Dies muß durch eine entsprechende Organisation der Verwaltungsstruktur gewährleistet werden.

Ein weiteres Thema war der Erneuerbaren Energie am 28. April. Die nächsten AGU-Treffen finden am 20. April und am 1. Juni, jeweils um 17.30 Uhr im Café am Weidendamm statt.

Busse der BBG fahren jetzt mit Salatöl

Sie ist brandaktuell: Die Thematik »Umweltschutz und Emissionsminderung«. Als einer der letzten drei Betreiber von abgasfreien Oberleitungsbusen in Deutschland schreibt sich die Barnimer Busgesellschaft (BBG) Umweltschutz ohnehin auf ihre Fahne.

Jahrelang wurden auch für die eingesetzten Dieselfahrzeuge Alternativen zur Verminderung der Ressourcenverknappung und den damit steigenden Kraftstoffpreisen gesucht. Und nun auch gefunden. Nach einer bis Ostern abgeschlossenen Testphase wird die Fahrzeugflotte der BBG künftig mit einem Gemisch aus Dieselmotorkraftstoff und Pflanzenöl betankt. Dieses schont zum einen die natürlichen Ressourcen und stellt sich gleichzeitig als kostengünstigste Alternative zum Dieselmotorkraftstoff dar. Eine technische Umrüstung der Fahrzeuge ist auf Grund des Mischverhältnisses von 75% Dieselmotorkraftstoff und 25% natürlichem Pflanzenölraffinat nicht einmal notwendig. Gegenwärtig werden die drei Betriebstankstellen der BBG in Bad Freienwalde, Bernau und Eberswalde mit einem Tankdatensystem ausgestattet, das die Betankung der Fahrzeuge mit Pflanzenöl be-

triebsintern ermöglicht. Eine automatische Fahrzeugerkennung wird jedem Fahrzeug das vorgegebene Mischungsverhältnis zuweisen.

Im Zuge dieser Einführung setzt die Barnimer Busgesellschaft zudem auf eine regionale Wirtschaftsförderung. Das Pflanzenöl wird künftig von den Landwirten der Region bezogen. Bereits jetzt stellen sich die ansässigen Landwirte auf den Mehrbedarf ein.

Die rund 8 Millionen Fahrgäste der BBG in den Landkreisen Barnim, Märkisch-Oderland und Berlin werden die Umstellung als solche nicht wahrnehmen. Die Leistung des Fahrzeuges wie auch der Verbrauch bleiben gleich. Das Pflanzenöl wirkt sich CO₂-neutral aus, ist schwefelfrei und absolut ungiftig.

Infrastrukturminister Reinhold Dellmann: »Ich finde die Initiative der Barnimer Busgesellschaft vorbildlich. Daran sollten sich andere Verkehrsbetriebe orientieren. Angesichts des globalen Klimawandels sollte nicht unversucht gelassen werden, um den Kohlendioxid-Ausstoß zu verringern. Wenn dabei auch noch Geld gespart werden kann, umso besser.«

FRANK WRUCK, Barnimer Busgesellschaft

Klimaschutz/Klimawandel im Internet

Die Webseite des Grünen-Regionalverbandes-Niederbarnim www.gruene-niederbarnim.de wurde Anfang März um die Rubrik »Klimaschutz/Klimawandel« ergänzt. Hier gibt möglichst aktuelle Nachrichten, Links, Adressen, Termine und einen regelmäßig aktualisierten Presspiegel. Dabei beschränken wir uns an-

gesichts der »Datenflut« weitgehend auf Daten und Fakten aus dem Brandenburger Raum (<http://gruene-niederbarnim.de/Klimaschutz-Klimawandel.30281.0.html>). Für Hinweise und ergänzende Zusendungen von Beiträgen, Links oder Terminen sind wir dankbar.

STEFAN STAHLBAUM

Klimaschutz in Brandenburg

Vor zwei Wochen hat der brandenburgische Landtag über den Klimawandel debattiert. Welche Maßnahmen sind dort beschlossen worden? Keine.

Im Land Brandenburg entstehen 60% des menschengemachten CO₂-Ausstoßes durch die Stromerzeugung aus Braunkohle. Will man also tatsächlich etwas tun, muß man endlich dort ansetzen. Es gibt Erneuerbare Energien, die man stärker unterstützen könnte. Aber Ministerpräsident Platzeck hält an der Braunkohle fest. Deshalb erläßt er dem Braunkohlekonzern Vattenfall jährlich über 20 Millionen Euro an Wasserentnahmegeld für das Auspumpen seiner Tagebaue. Jeder Landwirt oder Häuslebauer hat diese Gebühr dagegen selbstverständlich zu zahlen, wenn er zum Felderbewässern oder zum Kellerausschachten Grundwasser abpumpt. Bei der Bundesregierung setzt sich Platzeck dafür ein, daß Braunkohlekraftwerke weiterhin mehr CO₂ ausstoßen dürfen als andere Kraftwerke. Ist das Politik für den Klimaschutz? Wohl kaum. Die Menschen erwarten Taten. Um den Klimaschutz ernsthaft voranzutreiben muß der Ministerpräsident konkrete Planungen für einen sozialverträglichen Braunkohleausstieg vorlegen. Es arbeiten schon heute mehr Menschen im Bereich der Erneuerbaren Energien als im Bereich der Braunkohle. Bereits 30% des in Brandenburg verbrauchten Stroms stammt aus Wind, Biomasse und Solarkraft – Tendenz steigend. Es entstehen zahlreiche Fabriken zur Produktion von Sonnenkollektoren im Land. Aber das Geld fließt weiter in die Braunkohle. Da stimmt doch was nicht.

Die Parteien im Nachbarland Berlin diskutieren ernsthaft, wie der Bau eines neuen Steinkohlekraftwerkes verhindert werden kann. Es scheint, als wäre die Erkenntnis das Klimaschutz geboten ist, bei Matthias Platzeck nicht angekommen. Er vertraut auf das Kohlekraftwerk mit CO₂-Abscheidung. Aber das gibt es noch gar nicht. Außerdem weiß niemand, ob eine Speicherung des Gases im Boden überhaupt funktionieren wird. Darüber hinaus kann die Technik an Kraftwerken nicht nachgerüstet werden. Sicher ist nur: Die Technik ist sehr teuer. Der Ministerpräsident reagiert nicht.

Auch auf anderen Feldern des Klimaschutzes bleibt Platzeck untätig. Die brandenburgische Bevölkerung befürwortet ein Tempolimit auf Autobahnen. Er ergreift keine Initiative. Um die Folgen des Klimawandels zu begrenzen, brauchen die brandenburgischen Wälder besondere Aufmerksamkeit. Aber trotz entschiedener Proteste wird eine Forstreform vorangetrieben, die einer Versteppung der Landschaft Vorschub leisten wird, anstatt sie zu bremsen.

Man bekommt den Eindruck, Matthias Platzeck ist der Ernst der Lage nicht bewußt.

NILS NABER,

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg

Auf zum letzten Gefecht

Vom »Krieg gegen den Terror« zum »Krieg gegen die Klimakatastrophe«

Allen Zusammenbruchstheorien zum Trotz erlebte der »faulende und sterbende« Spätkapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts mit der dritten industriellen Revolution* eine neue langjährige Konjunkturphase. Ganz nebenbei verlor das Weltkapital auch noch seine den neuen ökonomischen Herausforderungen hilflos gegenüberstehende »realsozialistische« Systemkonkurrenz. Die Jahrtausendwende sah das Kapital als den »Sieger der Geschichte«. Doch noch im Jahr 2000 erlebte auch das kapitalistische Computerzeitalter seinen »Gründerkrach«.

Der Boom-Phase der 90er Jahre folgt nun die flächendeckende Einführung der neuen Technologien in die Wirtschaft. Die Marx'sche Theorie, nach der die kapitalistische Produktion sich selbst zur Aufhebung treibt, wandelt sich erstmals von der utopischen Vision zur erlebbaren Realität. Die vollautomatische Fabrik erscheint längst nicht mehr nur als Phantasterei der Sciencefiction-Literatur.

Doch der Kapitalismus hat damit ein Problem. Mit der automatischen Fabrik verschwinden auch die Arbeiter. Und mit den Arbeitern verschwindet die Produktion von Mehrwert. Und ohne Mehrwertproduktion gibt es keinen Kapitalismus. Auch wenn hier nur eine Tendenz beschrieben wird, deren von Marx beschriebene entgegenwirkende Ursachen auch heutzutage funktionieren, gewinnt diese Entwicklung für den Kapitalismus als System an existenzieller Bedeutung.

Dem tendenziellen Fall der Profitrate müssen immer wieder neue Konjunkturförderungsprogramme entgegengesetzt werden.

Nach der Krise der New Economy kam da der »Krieg gegen den Terror« wie gerufen. Vielleicht war er's auch. Einerseits sorgten die vor allem in den USA ausufernden Kriegsausgaben für einen Aufschwung der Rüstungsunternehmen, wodurch die Technologien der dritten industriellen Revolution auf breiter Front in die Militärtechnik eingeführt wurden. Andererseits schnellten durch den fortdauernden Krieg im Irak und in Afghanistan sowie den Angriffsdrohungen gegenüber Syrien und den Iran der Ölpreis und nachfolgend auch die übrigen Energiepreise in die Höhe und bei den Energieversorgern klingelte es in der Kasse. Volkswirtschaftlich gesehen handelte es sich dabei um eine gigantische Kapitalakkumulation zugunsten der großen Energiekonzerne.

Nach der Kapitalakkumulation als Folge des »Krieges gegen den Terror« folgt nun die zweite Phase des aktuellen Konjunkturprogramms. Das akkumulierte Kapital braucht renditeversprechende Anlagemöglichkeiten. Infolge der hohen Preise für fossile Energieträger werden plötzlich auch die Alternativen Energien profitabler.

Und wieder kommt ein Krieg wie gerufen. Diesmal der »Krieg gegen die Klimakatastrophe«. Das Für und Wider des Klimawandels und der damit verbundenen Gefahren wird seit 30 Jahren diskutiert. Doch erst der jüngste UNO-Klimabericht fand auch in den Allerweltsmedien entsprechendes Gehör. Die Spitzenpolitiker der führenden Industrieländer mutieren plötzlich zu »Kämpfern für den Klimaschutz« und Befürwortern des Einsatzes erneuerbarer Energien.

Unter der rot-grünen Regierung verschaffte sich die BRD auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien gute Ausgangsbedingungen im internationalen Wettbewerb. Die staatlichen Förderungen sorgten für perfekte Entwicklungsbedingungen in der Branche. Produzenten von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energi-

en, die sich in den letzten Jahren erfolgreich am Markt etablieren konnten, stehen nun auf der Einkaufsliste der Energieriesen. Wie zum Beispiel der Windkraftspezialist REPOWER, der auch in der Eberswalder Region über einen Produktionsstandort verfügt. Hier will der französische Nuklearkonzern Areva, der bereits 30 Prozent der REPOWER-Aktien hält, die restlichen 70 Prozent übernehmen. Auch die aktuelle Übernahmeschlacht der E.ON AG um den spanischen Energieversorger Endesa ist Bestandteil dieser Übernahme- und Fusionswelle. Dabei tobt auch der Kampf um den Führungsanspruch innerhalb der Europäischen Union, der von BRD-Seite her längst formuliert ist.

des Bundesverbandes Erneuerbare Energie e.V. gegenüber german-foreign-policy.com, daß ein solches Unterfangen weniger effizient ist als die direkte Gewinnung erneuerbarer Energien auf europäischem Boden. Trotz dieser Einwände votierte Umweltminister Sigmar Gabriel bereits im Juni 2006 auf einer Konferenz in Kairo für eine internationale Kooperation auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien mit dem mittelfristigen Ziel, Strom aus den afrikanischen Wüsten zu importieren. Das Kapital für diese Investitionen ist da.

Energieversorgungsunternehmen hatten historisch aufgrund der spezifischen Eigenschaften der Energieträger, die am effektivsten in großem Stil abgebaut, in Großkraftwerken



Karikatur: Harald Kretzschmar

Die Endesa-Übernahme dient zugleich als Sprungbrett nach Nordafrika. Wie der Vorstandsvorsitzende des drittgrößten deutschen Stromkonzerns EnBW (Energie Baden-Württemberg), Utz Claassen, fordert, »muß es unser Ziel sein, Solarenergie in der Sahara oder in der Kalahari zu gewinnen und in Stuttgart, Berlin, Tokio oder New York zu verbrauchen« [www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56777].

Als Stromlieferanten sollen demnach die Staaten Nordafrikas herangezogen werden. »Die Lösung« für den Einstieg der BRD in die globale Sonnenenergiewirtschaft liege »in der Wüste«, sagt Claassen. Pläne dafür gibt es schon seit 20 Jahren. Experten seien sich bisher jedoch stets einig gewesen, erklärte ein Sprecher

in elektrischen Strom umgewandelt und über zentrale Stromnetze verteilt werden eine technologisch bedingte Monopolstellung inne. Mit Sonne, Wind und nachwachsenden Rohstoffen als Grundlage der Energieerzeugung wäre eine technische Dezentralisierung der hergebrachten Strukturen des Energiesektors möglich. Das haben die großen Energieversorger und ihre Vertreter in der Politik erkannt. Mit dem Afrika-Projekt könnte die gegenwärtig zentralistisch organisierte Energieversorgung und damit die Marktmacht der Energiekonzerne aufrechterhalten werden.

Demnach soll der Bezug von Solarstrom aus Afrika den Kern einer »Solarunion« nach dem Vorbild der Montanunion für Kohle und Stahl

bilden, aus der sich die Europäische Union entwickelt hat. Auf diese Weise ließe sich Afrika befrieden und Europas Spitzenposition beim Klimaschutz behaupten. Die Energiekooperation würde »zum strategischen Kern eines zusammenwachsenden Wirtschafts- und Technologieraums« werden, heißt es über die wirtschaftspolitischen Perspektiven der »Solarunion«. [www.german-foreign-policy.com]

Der Solar-Kolonialismus ist aber nur ein Aspekt im »Krieg gegen das Klima«. Es ist ein riesiger Investitionsschub absehbar, der dem Spätkapitalismus im nächsten Jahrzehnt eine neue Blüte verschaffen wird. Nach dem Windradboom der letzten fünf Jahre, entstehen derzeit zahlreiche Biogas- und Biodieselanlagen sowie Holz- und Müllkraftwerke. Vielleicht im Zusammenhang mit dem afrikanischen Engagement werden dann auch die Photovoltaik-Hersteller zur Massenproduktion übergehen. Schließlich wird sich in zehn bis fünfzehn Jahren auch die Wasserstofftechnologie soweit entwickelt haben, daß eine breite Nutzung möglich wird.

Es werden die großen Kapitalgesellschaften sein, die in diesem Prozeß die führende Rolle übernehmen. Die derzeitige mittelständische Struktur der Unternehmensbranche der neuen Energien wird lediglich als Filialnetz der Großen weiterbestehen. Ein möglicher neuer »Gründerkrach« wird diese Entwicklung beschleunigen. Der während des »Antiterrorkriegs« akkumulierten Kapitalmasse können die Mittelständler nichts entgegensetzen. Auch die jüngste Unternehmenssteuerreform bevorzugt – wie könnte es anders sein – die Großunternehmen. Und auch darauf werden wir uns verlassen können: die neue kapitalistische Blütephase wird von erheblichen sozialen Verwerfungen begleitet sein, die zunehmen werden, je mehr sich die Möglichkeiten der neuen Konjunkturphase erschöpfen. Und entsprechenden Widerstand hervorrufen. Zugleich wird ein heute kaum vorstellbares Maß an Produktivität und Reichtum an Gütern und Dienstleistungen erreicht. Und die dritte industrielle Revolution schafft die Voraussetzungen für einen dezentralen Zugriff auf die entfesselten Produktivkräfte.

Nach dem »Antiterrorkrieg« als ein letztes Mittel der Akkumulation von Kapital wird mit dem »Antiklimakrieg« ein »letztes Gefecht« des Spätkapitalismus eingeleitet, in dessen Verlauf die materielle Basis entsteht, auf der aus der kapitalistischen Produktionsweise eine neue Qualität hervorgehen kann.

GERD MARKMANN

* Erste industrielle Revolution 18./19. Jahrhundert (Dampfmaschine, Spinn- und Webmaschinen, Eisenbahn); Zweite industrielle Revolution 1. Hälfte 20. des Jahrhunderts (Automobile, Fließbandproduktion, »Fordismus«); Dritte industrielle Revolution Ende 20./Anfang 21. Jahrhundert (Mikroelektronik)

Siehe auch »Geld, Werteverfall und sinkende Profite« in BBP 6/2003.

Ausbildungsplatzmangel

Wer ist eigentlich dafür verantwortlich?

Die Gewerkschaft und Politik wettet gegen die so furchtbar ausbildungsfaulen Betriebe und verlangt wirksame Erziehungsmaßnahmen wie Unterlassungsstrafen, die mit fetten Unternehmensgewinnen der Gegenwart begründet werden.

Vielleicht darf ich doch den Blick darauf lenken, WELCHE Unternehmen bisher fette Gewinne und WELCHE Unternehmen aber bisher die Masse der Ausbildungs- und Arbeitsplätze hatten? Selbst die übliche Branchenstatistik ist hier gewollt irreführend. Aus der rekordverdächtigen Dienstleisterbranche sollte man einmal die Banken herausrechnen und sehen, was dann für die restlichen Dienstleister noch übrigbleibt. Eine nüchterne Betrachtung wird an Auffälligkeiten wie Monopolpreisen, Erpressungsspielraum, Lobby und Privilegien mitten in einer heruntergekommenen sogenannten Marktwirtschaft nicht vorbeikommen. Wer trotzdem Konzerne und kleine Selbstausbeuter bedenkenlos in den einen Topf der bösen Unternehmer haut, könnte auch gleich die Arbeitslosen mit in die Plicht nehmen! Genug Zeit zum Ausbilden haben die doch – oder etwa nicht? Natürlich ist das jetzt Quatsch. Aber viel durchdachter ist das Feindbild des bösen Unternehmers auch nicht.

Enttäuschend ist die Qualität der Schulausbildung heutzutage. Lücken von durchschnittlichen Bewerbern reichen bis in die Grundrechenarten und deutsche Abstammung ist längst kein Garant mehr für verstehbares mündliches Deutsch – von der Schriftsprache ganz zu schweigen. Wer soll solche Wissenslücken ausbügeln? Die solidarverpflichtete Gesellschaft besteht ja nicht nur aus Unternehmen. Wer erst 17 Jahre lang zusieht, wie ein einst recht gutes Bildungssystem gegen die Wand gefahren wird, der sollte sich nun, wo die vorhersehbaren Scherben in Form nicht verwendungsfähiger Bewerber herumliegen, nicht heimlich aus der Verantwortung stehlen. Wo waren denn all die Anleger, Rentner, Angestellten, Beamten, Arbeitslosen und Schüler, als man schon dringend den Anfängen hätte wehren müssen? Für alles Mögliche macht man heute Montagsdemos – aber Ausbildung und Abendgrundschule sollen die letzten kleinen Betriebe selbst schultern und aus ihren Verlusten oder Umsatzeinbrüchen finanzieren.

Wobei wir schon bei einer zweiten Erscheinungsform der Scherben wären. Wissen Sie, wie es in der Region ohne die kleinen Unternehmen heute schon aussehen würde? Wer sorgt wohl dafür, daß der eine oder andere Groschen noch einmal eine kleine segensreiche Kurve durch den Binnenmarkt macht, bevor er endlich für Zinsen, Mieten, Kraftstoff und Steuern ausgegeben und so vom großen schwarzen Loch der Zinswirtschaft verschlungen wird, dessen Appetit durch Bundeszuschüsse und Fördermittel immer weniger kompensiert werden kann? Wer mit solcher Argumentation nichts anfangen kann, sollte im In-

ternet nach Zinsen und Religion suchen und stößt unweigerlich auf eine sehr alte Weisheit. Man kann aber auch fröhlich »Blinde Kuh« spielen mitten in einer Ellenbogengesellschaft. Melker und Schlächter aller Art warten schon.

Und wo bleibt der eigene Solidarbeitrag für eine bessere Welt? Wann haben Sie, liebe Leser, denn das letztmal irgendeine Leistung bei einem kleinen produzierenden Betrieb eingekauft? Ach – Sie kaufen anderswo günstiger? Gratuliere – zur Einsparung von ein paar Ausbildungsplätzchen. Wenn nun die Inhaber kleiner Betriebe genauso pffiffig auf die Kosten schauen und plötzlich die Ausbildungsmühen einsparen, bekommen Sie, liebe Eltern, Gewerkschaften und Politiker, also nun postwendend die erste Quittung für den Geiz. Wenn Sie aber nicht aus Geiz, sondern aus purer Existenznot ihre letzten Groschen dem Binnenmarkt entziehen, dann sollten Sie die Folgen auch als solche erkennen und die Ursachen Ihrer Zwangslage damit in Zusammenhang bringen! Warum können Sie sich denn eine florierende lokale Wirtschaft nicht mehr leisten? Können Sie etwa nicht vernünftig mit Geld umgehen? Konnten Sie etwa keine Reserven wie angeblich alle Unternehmer anlegen? Warum Sie dann nicht? Warum trauen Sie sich denn hier und heute keine Lohn stiftende Investition zu? Noch haben Sie ja vielleicht die Möglichkeit, drei aktuelle Monatslöhne nachzuweisen für einen Kleinkredit. Solche Kreditwürdigkeit haben einheimische, bereits Selbständige schon einmal nicht – nicht mehr jedenfalls. Und warum zogen bereits 12.000 Eberswalder weg aus der Stadt? Am Wohnungsmangel lag es nicht – überall grüßt der Leerstand! Wir reißen sogar mit Steuermitteln gute kommunale Wohnblöcke weg, damit die Mieten nicht zu günstig werden. Vielleicht sollte man statt des Mindestlohnes eine an die Durchschnittslöhne angepaßte Mietentwicklung durchsetzen? Oder Bundestags-Diäten an den Durchschnitts-Stundenlohn von studierten Praktikanten koppeln. Auf alle Fälle sollte man sich nicht einfach den ersten besten Sündenbock vor die rosarote Brille schnallen lassen!

Gehen Sie raus und sehen Sie sich doch einmal um! Werden Sie in jeder Hinsicht selbständig! Dann klappt es auch mit der Ausbildung. Falls ein paar Rahmenbedingungen nicht stimmen – die kann man ebenso ändern wie das ganze faule System. Man muß es nur tun! Sonst tun es andere, soweit sie es noch nicht getan haben. Einfach so mit ehrlicher Arbeit wird schließlich nicht Einer reich. Sondern alle glücklich. Keiner wird jünger. Auf was wollen wir warten?

PETER SPANGENBERG

Parteineubildung im Barnim

Am 17. März 2007 fand in Bernau eine Gesamtmittgliederversammlung des Kreisverbandes Barnim der Linkspartei.PDS statt. Mit rund 150 Teilnehmern war etwa ein Viertel der Mitglieder beteiligt – eine solche Teilnahme wurde seit Jahren nicht erreicht. Im Referat des Kreisvorsitzenden Søren-Ole Gemski wurden die nächsten Aufgaben sowohl bei der Vorbereitung der Parteibildung im Barnim (einschließlich der Organisation der Urabstimmung von April bis Mitte Mai 2007) als auch bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen 2008 umrissen. Die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann hob wesentliche Charakteristika der neuen Linkspartei z.B. als sozialistische Partei und auch Aufgaben dieser neuen Partei hervor, so die Diskussion offener Fragen, die Aufarbeitung der Geschichte beider deutscher Staaten und des Wirkens der Linken in ihnen, die Quotierung als Hilfsmittel zur Gleichstellung der Geschlechter innerhalb der Partei u.a.

Die Diskussion war interessant und anregend. Der Landtagsabgeordnete Ralf Christoffers sprach über das Verhältnis von EU und Nationalstaaten sowie von Zentrum und Flügeln in der neuen Linkspartei. Andere Genossen und Genossinnen befaßten sich mit der grundsätzlichen Wertung der DDR und der alten BRD. Der Kreistagsabgeordnete Lutz Kupitz erläuterte Aufgaben bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen 2008 im Barnim.

Zu diesen Aufgaben und zur Einbeziehung aller Mitglieder und Sympathisanten der neuen Linkspartei in die Basis- und Vorstandsarbeit wurden Beschlüsse gefaßt und es wurde angeregt, daß der Kreisvorstand eine Information über die Organisation der Urabstimmung an alle Basisgruppen übergibt.

Dr. HEINZ SCHÄFER

Barnim WASSER

Ab Mai wird im Museum in der Adlerapotheke die Sonderausstellung »Barnim WASSER – zur Geschichte der Wasserversorgung und Stadtentwässerung im Barnimer Land« im Rahmen der Kulturlandkampagne Brandenburg 2007/Fokus Wasser, zu sehen sein.

Die bedeutendste chemische Verbindung im Leben des Menschen in den verschiedensten Konstellationen darzustellen, ist eine große Herausforderung. Wir suchen noch zahlreiche Exponate, wie z.B. eine alte Schwingelpumpe aus Holz oder Eisen. Es darf aber auch ein gußeisernes Toilettenbecken sein. Fotos zum Bau der Kanalisation wären genauso wichtig. Wir hoffen, daß vielleicht alteingesessene Firmen im Raum Barnim doch einiges für uns heute Originelles aus ihrem Handwerk aufgehoben haben.

Bitte liebe Hausbesitzer, fühlen Sie sich ebenso angesprochen. Vielleicht schlummern viele interessante Stücke noch in einigen Kellern.

Museum und Tourist-Information Eberswalde

Bürgerstiftung Barnim Uckermark

»Von Bürgern für Bürger«

Eberswalde (bbu). Im Juni 2006 beschlossen die Mitglieder der Stifterversammlung, die Bürgerstiftung Barnim Uckermark als selbständige Stiftung neu zu gründen. Am 3. Juli erfolgte die Anerkennung durch das Innenministerium des Landes Brandenburg. Die Stifterversammlung wählte einen neuen Vorstand, mit Prof. Dr. Viktoria Enzenhofer als Vorsitzende.

Viktoria Enzenhofer ist seit 1994 Professorin für Wirtschaftsrecht an der Fachhochschule Eberswalde. Zuvor war sie nahezu 20 Jahre als Richterin am Bezirks- und Landesgericht Linz tätig. Ihr Lehr- und Forschungsschwerpunkt liegt im Wirtschaftsrecht, die speziellen Interessensgebiete im nationalen und internationalen Wettbewerbs- und Kartellrecht, im Verbraucherschutz, im Emissionshandel und in der Gesetzesfolgenabschätzung. Seit 2005 ist sie Dekanin des Fachbereichs Wirtschaft der Fachhochschule.

Neben ihrer Lehr-, Forschungs- und Verwaltungstätigkeit im Fachbereich Wirtschaft ist Prof. Enzenhofer Vorsitzende des Fördervereins für Lehre und Forschung e.V. und Mitglied im Lions Club Eberswalde. Die Professorin ist von Eberswalde und Brandenburg sehr angetan und hat deshalb hier auch ihren Wohnsitz gewählt.

Die Geschäftsstelle der Stiftung, als deren Leiter André Koch in den letzten Jahren eine sehr engagierte Arbeit leistete, ist seit Anfang 2007 nur noch ehrenamtlich besetzt. Allerdings laufen Bemühungen, eine weitere Finanzierung der Stelle sicherzustellen.

Der Vorstand hat sich für das Jahr 2007 vorgenommen, die Stiftungsarbeit neu zu gestalten. Im zurückliegenden Jahr konnte die Stiftung sieben Projekte anderer Vereine finanziell unterstützen: u. a. einen Kinder-Großeltern-Umwelttag, das Internationale Kinderfest Eberswalde und eine Lerninsel zur Sprachförderung in einem Integrationskindergarten. In diesem Jahr soll die Fördertätigkeit unter dem Dach eines Kinder- und Jugendfonds der Bürgerstiftung zusammengefaßt werden. Dafür stehen aus dem Stiftungsvermögen derzeit jährlich etwa 2.500 Euro aus den Zinserträgen zur Verfügung. Geplant ist, diese Summe durch Spenden aufzustocken.

Die eigene Projektarbeit soll sich auf die Weiterentwicklung der erfolgreichen Initiative Lesezauber konzentrieren. Seit August 2005 gibt es unter diesem Titel Vorlesenachmittage für Kinder in Eberswalde. In der Zwischenzeit gibt Lesezauber-Gruppen auch in Schwedt, Groß-Schönebeck und Biesenthal. Weitere

Orte sollen in diesem Jahr folgen.

Ganz aktuell bereitet die Stiftung ein ambitioniertes Fortbildungsangebot für bürgerschaftlich Engagierte vor. Der vereins.campus (Arbeitstitel) wird Vereinen, Initiativen und Ehrenamtlichen aus dem Barnim und der Uckermark Hilfestellungen für ihr Engagement bieten. Weitere Vorhaben sind in Planung.

Im März hat die Barnim Uckermark Stiftung den Nothilfefonds des In- und Ausländerinnenkreises Eberswalde in seine Trägerschaft übernommen. Dieser Arbeitskreis war der erste



Mal etwas anders, auf der Wiese vor der Maria-Magdalenen-Kirche, präsentierte sich die Vorleseinitiative zur Maifeier des DGB am 1. Mai 2006.

Zusammenschluß, der nach dem Totschlag an dem angolanischen Vertragsarbeiter Amadeu Antonio 1990 in Eberswalde Initiativen für ein friedliches Miteinander von Deutschen und Ausländern ins Leben gerufen hat. Mit seinem Hilfsfonds hat der In- und Ausländerinnenkreis immer wieder finanzielle Hilfestellungen für Flüchtlinge in Notsituationen gewährt.

Nach vielen interessanten und intensiven Gesprächen konnte die Sparkasse Barnim als neuer Kooperationspartner der Bürgerstiftung gewonnen werden. Es ist geplant, daß noch im Frühjahr die Geschäftsstelle in das Sparkassen-Forum in der Eberswalder Innenstadt verlegt wird. Die Sparkasse hat außer den kostenlosen Büroräumen auch eine Unterstützung für die regionale Ausdehnung der Initiative Lesezauber in Aussicht gestellt.

Das Vermögen der Bürgerstiftung beläuft sich derzeit auf etwa 57.900 Euro. Dieses Stiftungskapital soll in diesem Jahr deutlich erhöht werden. Dazu arbeitet der Vorstand an verschiedenen Ideen, die die Stiftern in nächsten Wochen diskutieren.

»Eine Stiftung von Bürgern für Bürger – das ist es, was mich an der Idee der Bürgerstiftung Barnim Uckermark besonders fasziniert«, sagt Prof. Enzenhofer. »Mit 60 Stifterinnen und Stiftern verfügt unsere Stiftung über ein enormes Potential an Erfahrungen, Kenntnissen, Ideen und Netzwerken.« Daran will die Vorsitzende anknüpfen.

Frauentagsfeier einmal anders

Was passiert mit Langzeitarbeitslosen, die in keiner Statistik mehr geführt werden, aber gerne arbeiten möchten? Warum gibt es in der Agentur für Arbeit diese Betroffenen keine Termine mit einem Berater? Wie funktionieren die Programme 50Plus und 58Plus der Bundesregierung? Wo gibt es im Barnim Chancen für Arbeit?

Vor allem diese Fragen bildeten den Schwerpunkt einer Gesprächsrunde am 13. März 2007 in der Arbeitslosen-Service-Einrichtung Bernau. Im Rahmen der Brandenburger Frauenwoche hatte der Kreisverband Barnim des Arbeitslosenverbandes Deutschland eingeladen. Als Ehrengäste begrüßte die Vorsitzende Elke Al.Saffar die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE.) sowie Edeltraud Koch, stellv. Leiterin des Job-Centers Barnim, Außenstelle Bernau.

Elke Al.Saffar verwies auf die Rede der Brandenburgischen Sozialministerin Dagmar Ziegler anlässlich der Eröffnung der Brandenburger Frauenwoche am 1. März, in der die Sorge um die zunehmende Abwanderung vor allem von Jugendlichen, aber auch die steigende Anzahl von jungen Frauen ohne Ausbildung zum Ausdruck kam. Dies alles ist schon lange bekannt, aber mit konkreten Ideen zum Stoppen dieser Trends kann die Landesregierung nicht aufwarten, so Al.Saffar.

Ganz im Gegensatz zur Linksfraktion im Bundestag. Dr. Dagmar Enkelmann erläuterte einige Möglichkeiten, um gerade im Bereich Jugendarbeit, beim Sport Arbeitsplätze zu schaffen. Von der Fraktion DIE LINKE im Bundestag gibt es dazu konkret ausgerechnete Beispiele, wie z.B. Bürgerarbeit finanziert werden kann. Eine Möglichkeit wären die 8 Mrd. Euro, die bei einem Verzicht auf die geplante Unternehmenssteuerreform frei würden. Auch gibt es dazu Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds, die hierfür verwendet werden könnten. Die Politik dürfe eben nicht nur klagen, sondern müsse entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, so Enkelmann weiter.

Viele der Arbeitslosen seien bereit, sich zu qualifizieren, sich fortzubilden oder auch umzuschulen. Aber Bildung um der Bildung wegen ist heute, so wie in den 90er Jahren, nicht

mehr zu realisieren, erläuterte Edeltraud Koch. Wenn allerdings ein Arbeitsplatz eine Qualifizierung erfordert, dann ist es egal, ob derjenige noch Leistungsempfänger ist oder nicht, dann würde eine solche Bildungsmaßnahme sicher bewilligt werden, ebenso wie jeder das Recht auf ein Gespräch mit einem Berater zu seiner Situation hat. Dies betrifft auch die Älteren, wobei das Projekt 50Plus eigentlich bereits »45Plus« heißen müßte, da Vermittlungschancen nicht erst ab 50 rapide sinken. Im Übrigen habe das Job-Center im vergangenen Jahr versucht, mit Nichtleistungsempfängern ins Gespräch zu kommen. Wenn auch 180 der zahlreich eingeladenen in Arbeit vermittelt werden konnten, war die Resonanz auf dieses Angebot relativ gering.

Warum aber werden die »Glücklichen« nach der Vermittlung allein gelassen? fragte Dr. Christel Simon in der Diskussion. Wie kommen sie an ihren Arbeitsplatz, wenn kein Auto oder ÖPNV vorhanden sind. Da fühlt sich dann niemand mehr zuständig. Dies betreffe insbesondere Vermittlungen in Saisonarbeit, als Erntehelfer, bemerkte Elke Al.Saffar.

Die etwa zweistündige sehr rege Diskussion zeigte, daß dringender Bedarf auch zu solchen Gesprächsrunden vorhanden ist, was aber in der Konsequenz natürlich nicht ausreicht. Es gilt, MAE-Maßnahmen und ABM nicht als Allheilmittel anzusehen, sondern sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen. Das Projekt Bürgerarbeit, wie es gegenwärtig in Sachsen-Anhalt realisiert wird, bildet dabei nur einen Anfang. Dr. Dagmar Enkelmann und Edeltraud Koch werden die vielen Anregungen mit in ihre Gremien nehmen, um an Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Mit einem kleinen Imbiß klang die etwas andere Frauentagsfeier aus.

BÄRBEL MIERAU

Energiesparkontor Barnim e.V.:

Tag der Erneuerbaren Energien am 28. April

Der Tag der Erneuerbaren Energien wird als gemeinsame Veranstaltung unter dem Dach von BARUM energie vom Landkreis, der FH Eberswalde, der Firmen RE-power, der Stadtwerke Eberswalde, der Firma Frank Dahms, des Waldsolarheimes, Bündnis 90 die Grünen und dem Verein Energiesparkontor Barnim e.V. organisiert. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, sich über die Möglichkeiten der Erneuerbaren Energien zu informieren.

Das Waldsolarheim Eberswalde (Brunnenstraße 25) lädt von 9 bis 14 Uhr zu einem Tag der offenen Tür ein, bei dem u.a. die Firma MP-Tec neue Fotovoltaik- und Solarthermie-

anlagen sowie Holzheizungsanlagen vorstellt und eine Projektberatung bietet. Die Firma REpower Systems AG ermöglicht wieder die Besichtigung ihrer Produktionshalle in Trampe und das Besteigen einer Windkraftanlage in Lichtenfelde.

Besichtigt werden können ein Einfamilienhaus mit Sonnenkollektoren für Warmwasser und ein Mehrfamilienhauses mit einer Solarstromanlage, die Holz-Pelletheizanlage des Stadtcampus und das Holzhackschnitzelheizwerk im Waldcampus der FH Eberswalde, die Deponiegasanlage und das BHKW in Eberswalde Ostende sowie das Holzkraftwerk im Hafen Eberswalde.

Wer war Ernst Busch?

Schauspieler, Sänger – Beiname Barrikaden-tauber – Brechtfreund und Brechtinterpret, Teilnehmer am Matrosenaufstand 1918 in Kiel, Mitglied der Interbrigaden 1936 in Spanien, Sozialist, Kommunist – das fällt Ihnen vielleicht ein, zumindest den etwas Älteren unter uns.

Er hat »Spaniens Himmel ...« gesungen, »Anmut sparet nicht noch Mühe ...« und »Die Partei hat immer Recht«. Aber:

– Wußten Sie, daß er das Lied der Partei nach 1951 nicht mehr gesungen hat und warum?

– Wußten Sie, daß er im Jahre 1951 sein Parteidokument der SED zerrissen hat und warum?

– Wußten Sie, warum er nach Spanien nicht in die Sowjetunion reisen durfte sondern der Gestapo ausgeliefert wurde?

– Wußten Sie, daß seine SED-Genossen seinen Namen aus einem Kinderlied (!) unbedingt entfernt sehen wollten?

Das alles und noch viel mehr konnten Sie von Carola Schramm und Jürgen Elsner am 13. März in Bernau erfahren – wenn Sie dabei gewesen wären – und Sie konnten die Stimme Ernst Buschs hören (vgl. BBP 3/2007). Es war ein interessanter, lehrreicher, kurzweiliger und rundum gelungener Abend in der Buchhandlung »Schatzinsel«.

Ich habe mir gewünscht, daß Carla Schramm und Prof. Elsner den Abend in Eberswalde wiederholen. Sie sind bereit dazu. Lassen Sie sich das nicht entgehen – es lohnt sich!

JOHANNES MADEJA

Wir essen unsere Welt auf

Am 16. März GAB ES im Lüdersdorfer Kirchen kino den Dokumentarfilm. »We Feed The World« zu sehen.

Trotz des englischen Titels: Der Film ist deutschsprachig. »We Feed The World« ist das Zitat eines Werbespots: Wir füttern die Welt. Aber der Film hat einen Hintersinn, denn: Wir essen die Welt auf. Der Film schildert, was uns das Essen wirklich kostet und welchen Weg unsere Lebensmittel vom Produktionsort bis zum Einkaufswagen zurücklegen.

»We Feed The World« ist ein Film, der auch in kommerziellen Kinos gut läuft – was bei Dokumentarfilmen sonst eher selten ist. Eine Dreiviertel Million Zuschauer haben ihn bereits gesehen. Diesen Film konnten wir zeigen, weil wir zu den Aufführungsstätten des bundesweiten Festivals »ökofilm tour 2007« gehören. Diese Filmtour, das »Festival des Umwelt- und Naturfilms«, wird gefördert vom Brandenburgischen Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz, aus Lottomitteln, von der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und von der Mittelbrandenburgischen Sparkassenstiftung.

THOMAS BERG

Informationsabend zur »Spielraumplanung«

In den letzten Monaten wurde in Eberswalde über das neue Leitbild diskutiert, welches jetzt konkret mit Leben gefüllt werden muß. Mit dem Leitbild setzt sich die Stadt auch das Ziel, ein familienfreundliches Klima zu schaffen, um die Stadt auch für junge Familien besonders attraktiv zu gestalten. Dazu gehören auch geeignete Spiel- und Erlebnisbereiche im gesamten Stadtgebiet. Kinder und Jugendliche brauchen mehr als nur einen standardisierten Spielplatz auf abgegrenztem Raum.

Wo dürfen denn Jugendliche in Eberswalde hin? Wie können sie sich aktiv bei der Gestaltung ihrer Freiräume einbringen? Die Aktionsgruppe Spielraumplanung möchte im Rahmen des Leitbildes und der Spielplatzkonzeption der Stadt noch einen Schritt weiter gehen. Sie werben für eine Spielraumplanung, als neues Planungsinstrument zur Verankerung von Kinder- und Familienfreundlichkeit in der Stadtplanung. Unter dem Motto »Spielplatz ist über-

rall!« sollen in Eberswalde neue Wege gegangen werden. Kinder, Jugendliche und Familien sollen ihre Wünsche und Bedürfnisse einbringen und gemeinsam mit Politik, Verwaltung und bürgerschaftlichem Engagement diese Ideen dann umsetzen.

Dazu wird am Mittwoch, den 18. April, um 18 Uhr im Bürgerzentrum in der Schorfheidestraße 13 im Brandenburgischen Viertel eine Informationsveranstaltung stattfinden. Herr Hofmann, Referent für Spielraumplanung im Deutschen Kinderhilfswerk, wird in das Thema einleiten und danach besteht die Möglichkeit Ideen auszutauschen und Fragen zu stellen. Die Veranstaltung ist kostenlos. Eingeladene sind alle Interessierten, besonders Jugendliche, engagierte Elterngruppen und Initiativen, die sich mit ihren Anregungen und Fragen an der Diskussion beteiligen.

MARTIN HOECK,

für die Aktionsgruppe Spielraumplanung

(Weitere Infos: Martin Hoeck, SLPEberswalde@aol.com)

KRISIS ging mit neuem Internetauftritt ans Netz

Seit dem 15. März ist die komplett renovierte und neu gestaltete Homepage der krisis am Netz, wie gewohnt unter der Adresse www.krisis.org. Sie enthält nicht nur jede Menge neue und bisher nicht im Internet verfügbare Texte, sondern ist auch sehr viel klarer und übersichtlicher gegliedert. So können etwa alle Artikel nach AutorInnen oder nach Themen

aufgerufen werden und unter der Kategorie »Zum Einlesen« finden sich Texte zu verschiedenen Schwerpunkten mit einführendem oder hinführendem Charakter. Wir hoffen auf regen Besuch der neuen Seite und bitten auch darum, sie in größerem Rahmen bekannt zu machen.

NORBERT TRENKLE

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Gedenken zu Ehren der beiden Finower Piloten B. W. Kapustin und J. N. Janow am 6. April
10.00 Uhr am Denkmal im Stadtpark Finow
11.15 Uhr auf dem Gelände des Luftfahrtmuseum in Finowfurt

Der Kreisvorstand der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft Eberswalde und die AG- Gedenkstätten Bernau laden hierzu alle Bürgerinnen und Bürger ein.

Die beiden Sowjetsoldaten verloren ihr Leben, weil sie am 6. April 1966 statt ihrer havarierten JAK 28 mit dem Fallschirm abzuspringen, eine Notlandung versuchten. Sie wollten den Absturz der führerlosen Maschine über dichtbesiedeltem Wohngebiet im damaligen Westberlin verhindern.

WALDEMAR HICKEL

1. Bürgersolaranlage Eberswalde: Beteiligungen noch möglich

Eberswalde (tk). Die Vorarbeiten für die Errichtung der ersten Bürgersolaranlage in Eberswalde laufen. Anfang März fand ein erstes Treffen von Interessenten statt. Derzeit werden konkrete Angebote geprüft und die rechtlichen Voraussetzungen für die Gründung der Gesellschaft und die Dachnutzung geschaffen. Geplant ist die Installation einer Photovoltaikanlage mit einer Leistung von rund 10 KWp. Ein Gutteil der benötigten Investitionssumme in Höhe von ca. 45.000 Euro ist bereits beisammen. Noch können sich aber weitere Gesellschafter mit einer Summe von 500 Euro bzw. einem Vielfachen davon beteiligen. Nähere Informationen zur Beteiligung gibt es bei Andreas Fennert (kontakt@andreas-fennert.de) oder im Büro von Bündnis 90/Die Grünen (Tel. 03334/384074).

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoo.com (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Markmann (2), Shams, Triller, Grafik von Peter Spangenberg

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktionschluß: 31. März 2007

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 28.4.2007, 12 Uhr.